Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 9

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Staat und Kultur

Kulturpolitik in einer Zeit abhanden gekommenen Staatsbewusstseins

«Wenn wir das Wort ‚Kultur' hören, so greift, im Gegensatz zu weiland Gauleiter Frank, niemand von uns zum Revolver. Aber wir müssten wohl lügen, wollten wir behaupten, dass in diesem Hause die Kultur sich unter die höheren Prioritäten dränge . . .» Mit dieser nüchternen Bemerkung ist, wie im Amtlichen Bulletin der Bundesversammlung vom 19. Januar 1978 nachzulesen, die Begründung einer einsamen Interpellation zur Kulturpolitik, konkret zur Auswertung des drei Jahre zuvor erstatteten Clottu-Berichts über die *«Kulturpolitik in der Schweiz»*, eingeleitet worden. Der Interpellant, der Zürcher Nationalrat Theodor Gut, hat mit seiner kurz vor dem Rücktritt aus dem Parlament unternommenen Intervention gewissermassen eine seltene Familientradition hochgehalten, hatte doch schon Theodor Gut Vater drei Jahrzehnte früher, in der Märzsession 1945 – ebenfalls ein Jahr vor dem Abtreten von der politischen Bühne –, die kulturpolitischen Massnahmen des Bundes mit einer Interpellation in einer Umgebung zu animieren versucht, die sich an handfesteren Anliegen zu ereifern pflegt.

Der Kreis der Politiker, die sich der Kulturpolitik annehmen, ist klein. Das hat sich auch in der kurzen Auseinandersetzung gezeigt, die sich an gezielte Fragen nach den Folgerungen, die der Bundesrat aus der kulturpolitischen Bestandesaufnahme zu ziehen gedenke, und deren ausführlicher Beantwortung durch den zuständigen Departementsvorsteher, Bundesrat Hürlimann, anschloss. Abgesehen von einer vereinzelten Stimme aus dem in seiner kulturellen Eigenart bedrohten Kanton Tessin, die auf die Dringlichkeit vermehrter Bundeshilfe für die Verteidigung von Sprache, Kultur und Brauchtum der italienischen Schweiz hinwies, haben sich nur einige Redner aus der Stadt Zürich, von der – wie immer man den Gehalt ihrer Anstrengungen beurteilen mag – für die Kulturförderung mehr als das Landesübliche geleistet wird, zum Wort gemeldet. Das Verhältnis unserer Politikergarde zur Kultur ist vom Karikaturisten «Hü» bösartig, aber wohl nicht ganz unzutreffend mit einer Zeichnung dargestellt worden, auf der ein von seinem Interviewer wegen der hochtrabenden Erklärung, mehr für die Kultur tun zu wollen, zur Rede gestelltes Männlein eilfertig die Sprachblase steigen lässt, dass «natürlich die Agrikultur» gemeint gewesen sei . . .

Vater und Sohn Gut haben es anders gemeint. Um nochmals das Ratsprotokoll vom Januar 1978 zu zitieren: Kulturpolitik dürfe nicht im Sinne des bösen Satzes von Bert Brecht über die Priorität des Fressens «cura posterior», Sache niederer Dringlichkeit, sein. Den Demokratien drohe nicht nur aus wirtschaftlichen Krisen Gefahr, sondern weil wir meinten, es uns leisten zu kön-

nen, den geistigen Dingen viel weniger Beachtung zu schenken als den materiellen Anliegen, sagte Gut und berief sich auf Jeanne Hersch, die festgestellt hat, dass Kultur als begründendes und verbindendes Element im Kern jeder Gemeinschaft stehe. Es wird darauf zurückzukommen sein.

Gedächtnisauffrischung

Zunächst eine kurze Memorierung der Vorgänge, die bewirkt haben, dass eine schweizerische Kulturdiskussion in Gang gekommen ist: In erster Linie ist eben der *Clottu-Bericht* von 1975 anzuführen, der seinerseits seinen Ursprung in einem Vortrag hat, den Bundesrat Hans Peter Tschudi am 17. Februar 1967 in Aubonne vor Vertretern des westschweizerischen Kulturlebens über die Kultur- und Bildungspolitik des Bundes gehalten hat. Es hatte sich im interessierten Kreis daraus eine lebhafte Aussprache über die Situation der Musik, der Literatur, des Theaters, des Films und der bildenden Künste in unserem Land ergeben. Die Aussprache mündete – in diesem Kreis nicht anders zu erwarten – in den Wunsch nach einer stärkeren Förderung künstlerischer und kultureller Bestrebungen durch die öffentliche Hand. – Eine weitere, von der Stiftung Pro Helvetia auf den 4. Juli 1968 einberufene Zusammenkunft brachte eine Bekräftigung dieses Wunsches. Man hat sich in diesem Gremium darauf geeinigt, dass vor der Einleitung bestimmter Massnahmen vor allem einmal ein umfassendes Inventar der kulturpolitischen Anstrengungen auf den verschiedenen Stufen unseres Staates erstellt werden sollte. Es sollte damit die nötige Übersicht gewonnen werden, aus der dann in kritischer Würdigung der kulturpolitischen Situation die Folgerungen gezogen und Anträge für eine nähere Ausgestaltung der Kulturpolitik in Gemeinde, Kanton und Bund ausgearbeitet werden könnten.

Das Departement Tschudi hat schon 1969 eine von der Verwaltung unabhängige Expertenkommission, die nach ihrem Präsidenten, dem liberalen Neuenburger Alt-Nationalrat und Erziehungsdirektor Gaston Clottu, so geheissene Kommission Clottu, mit dieser Aufgabe betraut. Deren Bericht ist am 24. Februar 1976 veröffentlicht worden: ein umfangreiches Kompendium von einem halben Tausend Seiten im Telephonbuchformat, das an den Leser einige Ansprüche stellt. Es war denn auch in den mehr oder weniger ausführlichen Besprechungen, die dem Werk gewidmet wurden, einige Ratlosigkeit festzustellen. Von Ausnahmen abgesehen, zu denen Zeitschriften wie die *«Schweizer Monatshefte»,* die dem Bericht in ihrer Juninummer 1976 eine kontradiktorische Auseinandersetzung gewidmet haben, und Blätter mit einem ausgebauten Kulturteil gehörten, haben sich die Besprechungen an die «Eselsbrücken» gehalten, die der inzwischen an die Stelle Tschudis getretene neue Departementsvorsteher, Hans Hürlimann, und die hauptverantwortlichen Berichtverfasser den Medienvertretern mitgegeben hatten. Und wenn der eine oder andere näher Interessierte eine Vertiefung in die Problematik sich für später vorgenommen haben mag – er hat angesichts anderer Verpflichtungen vor der Fülle des zusammengetragenen Materials resigniert. Das Echo in der breiten Öffentlichkeit ist jedenfalls ausgeblieben. Ja, der Bericht hat nicht einmal die

Behörden, an die er zuvorderst gerichtet bleibt, in Trab zu bringen vermocht.

Das heisst, genauer gesagt muss man wohl festhalten, dass von den Bemühungen, die hinter den Kulissen in Gang gebracht worden sein mögen, bis jetzt nur wenig an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Einiges davon hat Bundesrat Hürlimann in Beantwortung der Fragen des Interpellanten Gut preisgegeben. Darnach würden die Vorschläge der Kommission Clottu sorgfältig auf ihre Realisierbarkeit geprüft. Besondere Aufmerksamkeit schenke die zuständige Stelle im Departement den Empfehlungen, die eine Verbesserung der Wirksamkeit bisheriger Massnahmen bezwecke. Das Amt für kulturelle Angelegenheiten sei daran, unter diesem Gesichtspunkt die ganze Kulturpolitik des Bundes neu zu entwerfen, wobei sich in verschiedenen Bereichen eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden aufdrängen dürfte. Dass dem Bund auf Grund dieser Überprüfung auch mehr Mittel für die Erfüllung kultureller Verpflichtungen zur Verfügung stehen müssten, sei dem Bundesrat klar. Ebenso stehe für ihn allerdings fest, dass – um langfristig die notwendigen Verbesserungen herbeizuführen – eine Konsolidierung der Bundesfinanzen Voraussetzung wäre. Der Bundesrat sei gewillt, «im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten» seinen Beitrag zur kulturellen Weiterentwicklung des Landes zu leisten.

Ein neuer Kulturartikel?

Noch von einer anderen Seite war ein deutlicheres Echo zu hören: Von der Kommission für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung ist vor der Auflage des Expertenentwurfes von 1977 der Clottu-Bericht eingehend zu Rate gezogen worden. Sie hat ihm die Empfehlung entnommen, in die Bundesverfassung einen besonderen Kulturartikel einzufügen. Eine knappe Kommissionsmehrheit hat sich zum «Systembruch» durchgerungen, durch die ausdrückliche Normierung der Kulturpolitik diese Aufgabe vor andern gewissermassen zu privilegieren, weil – so die Begründung im Begleitbericht – in einer auf die schweizerischen Verhältnisse zugeschnittenen Kulturpolitik *«eine staatspolitische Aufgabe ersten Ranges»* zu erkennen sei.

So werden in *Artikel 36 Entwurf BV* die staatliche Förderung des kulturellen Schaffens und die Erleichterung des Zugangs zum kulturellen Leben *«für jedermann»* vorgesehen. Diese Generalklausel wird mit der Aufzählung bedeutsamer kulturpolitischer Aufgaben in einem zweiten Absatz ergänzt: Wahrung sprachlicher und kultureller Vielfalt des Landes, Bewahrung lokaler und regionaler Eigenständigkeit, Schutz bedrohter Minderheiten und Förderung wenig begünstigter Landesteile, Pflege kultureller Beziehungen zwischen den Landesteilen und mit dem Ausland, Kulturgüter- und Denkmalerhaltung. Schliesslich wird, wieder generalisierender, ebenda festgehalten, dass der Staat *«kulturelle Einrichtungen schaffen und fördern»* solle. Gemäss der mit Artikel 52 (Entwurf) vorgenommenen Aufteilung der Verantwortungsbereiche zwischen Bund und Kantonen dürfte diese Aufforderung sich vornehmlich an die Gliedstaaten und die Gemeinden richten.

Ist eine neue Bundesverfassung so oder anders heute noch leise Zukunftsmusik, ist inzwischen, angeregt und beeinflusst durch die beiden Expertenarbeiten, ein dritter Stoss in der gleichen Richtung zu verzeichnen, von dem mehr publizistische Wirkung ausgegangen ist. Die im März vor zwei Jahren von einer Reihe kultureller Organisationen lancierte und vor Jahresfrist mit 125 000 Unterschriften eingereichte *Kulturinitiative* will sich nicht mit dem Abwarten der ungewissen Totalrevision zufrieden geben. Sie fordert die unverzügliche Ergänzung der geltenden Verfassung, wo die Reihe der Artikel 27 bis 27sexies (Schul-, Film-, Stipendien-, Turn- und Sport-, sowie Forschungsartikel) mit einem neuen Artikel 27septies fortgesetzt werden soll, der sich weitgehend an den Vorschlag der Experten anlehnt, allerdings um einiges pointierter auf die staatliche Förderung der kulturellen Anliegen, insbesondere auf eine starke Unterstützung sämtlicher Bereiche künstlerischen und schriftstellerischen Schaffens durch den Bund angelegt ist. Aufsehen haben die Initianten vor allem mit dem dritten Punkt ihres Forderungskatalogs erregt, der verlangt, dass dem Bund für die Erfüllung dieser Aufgaben jährlich ein Prozent der im Finanzvoranschlag vorgesehenen Gesamtausgaben zur Verfügung gestellt werde. Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltgebarung würde die Ausrichtung eines *«Kulturprozents»* die Bundeskasse mit 176 Millionen, das heisst gegenüber der bisherigen Inanspruchnahme auf einen Schlag mit einem verdoppelten Aufwand für die Kulturförderung belasten.

Zweifelsohne liessen sich für dieses Manna unschwer Abnehmer finden. Anlässlich einer Anfang Juli von den Initianten veranstalteten Zwischenorientierung sind die Ergebnisse einer bei Institutionen und Einzelpersonen aus dem Kulturbereich veranstalteten Umfrage bekanntgegeben worden, die Wünsche und Begehren in reicher Auswahl zum Vorschein gebracht hat. Vertreter des Theaters möchten neue Formen des Theaters entwickeln, Maler und Malerinnen benötigen Atelier- und Künstlerhäuser, vermehrte Ausstellungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, die Filmer rufen nach einer Film- und Medienschule, die Musiker möchten öffentlich finanzierte Konzerte für benachteiligte Bevölkerungsgruppen durchführen können, die Schriftsteller sehnen sich nach einem Ausbau ihrer Zeitschriften. – Es sind das nur wenige Beispiele unter vielen. Dazu kommen generelle Postulate einer besseren Vorsorge für Alter und kranke Tage, um die es für die nicht mit einer zweiten Säule bedachten Kulturschaffenden nicht zum besten bestellt ist.

So phantasievoll die Wunschliste sich präsentiert, um einiges zurückhaltender waren die Auskünfte über die Vorstellungen, die man sich über die Ausgestaltung dieser «höheren Landwirtschaftspolitik» macht: Wer soll wieviel erhalten, und wer soll für die gerechte Verteilung verantwortlich sein? Es zeichnen sich zu dieser Fragestellung Antworten ab, die zu den in jüngster Zeit beim Überdenken einer verfehlten Subventionspolitik mühsam herangereiften Erkenntnissen gegenläufig sind. Gewiss, es könnte der Giesskanne eine Brause mit grösseren Löchern aufgesetzt werden. Aber es würde wohl den Bestrebungen zuwidergehandelt, in ein zerfahrenes Subventionssystem endlich die er-

wünschte Ordnung zu bringen und bei der Aufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen dem Grundsatz vermehrt nachzuleben, dass mit dem finanziellen Engagement auch die Verantwortung für die richtige Verwendung der eingesetzten Mittel einigermassen Schritt halten sollte. Die Initiative fällt nicht nur wegen der zurzeit bedrängten Finanzlage des Bundes auf schlechten Boden.

Zu professionneller Kulturbegriff?

Man kann überhaupt bei dieser ganzen Kulturdiskussion, so wie sie nun angelaufen ist, den Eindruck nicht loswerden, dass sich die Kontrahenten auf dürftigem Boden bewegen. Das ist auf die Auftragserteilung zurückzuführen. Aus dem umfassenden Kulturbereich waren vorab die Anliegen der in Literatur, Theater, Musik, bildenden Künsten und neuerdings auch im Film sich betätigenden Professionellen herauszugreifen. Sie sind denn auch dominant in den Vordergrund gestellt worden. Dieser Teil der Erhebungen und die Untersuchungen über die Verbreitungsmöglichkeiten für Werke der schöpferisch tätigen Künstler und Interpreten nehmen allein 300 Seiten des Berichts Clottu in Beschlag. Auch in den Zahlenbeigereien des ein halbes Hundert Seiten umfassenden statistischen Teils liegt auf ihnen das Schwergewicht.

Selbstverständlich sind die Experten auch auf weitere Kulturaspekte zu sprechen gekommen. Den Besonderheiten einer «schweizerischen Kultur» – der Begriff ist allerdings angesichts seiner Umstrittenheit tunlichst vermieden und durch die Umschreibung «Kultur in der Schweiz» ersetzt worden – wurde namentlich durch gebührende Beachtung des kulturellen Erbgutes Rechnung getragen, dessen Erhaltung und Wahrung gute eidgenössische Tradition ist. Aber die Kommission bemerkt in der Einleitung zu ihrem Bericht resigniert, dass ihr die Mittel nicht zur Verfügung gestanden hätten, diese und ähnliche Aspekte gründlicher zu durchleuchten. So ist eben manches – beispielsweise alle die Jugend betreffenden Fragen, deren man sich dann im Zeichen der Jugendunruhen von anderer Seite hat annehmen müssen – nur am Rand berührt worden.

Für die in der Kommentarüberschrift programmierte Auseinandersetzung mit dem Zwiespalt zwischen Kulturpolitik und Staatsbewusstsein ist der Frage nicht auszuweichen: *«Was ist Kultur?»* – Bundesrat Hürlimann hat an der Tagung der Staatsbürgerlichen Gesellschaft vom 20./21. Mai 1978 auf Schloss Lenzburg eine Begriffsumschreibung gegeben, die auf unser Thema zugeschnitten ist: *«Kultur darf nicht einfach mit dem gleichgesetzt werden, was allgemein unter Kunst verstanden wird. Nein, Kultur ist mehr. Über Spiel und Kunst hinaus umfasst sie die Religion, Philosophie und Wissenschaft. Sie umfasst das vom menschlichen Geist über das bloss Natürliche und Mechanische hinaus Erkannte und Geschaffene und ist darum untrennbar verbunden mit dem Begriff Humanität.»* – Jeanne Hersch hat ähnliches im Nachwort zum Kulturbericht angedeutet.

Eine zweite Frage, die sich im Blick auf die Kulturförderung direkt anschliesst, ist die Frage, was der Staat mit der Kultur zu tun habe. Wiederum

Hürlimann beim gleichen Anlass: «*Indem der Staat dem schöpferischen Menschen Sicherheit – soziale und politische Sicherheit – gibt, macht er es ihm möglich, überhaupt erst schöpferisch tätig zu sein.*» – In unserem schweizerischen Staatswesen scheint dieser Beitrag angesichts der institutionell gesicherten bürgerlichen Freiheiten und des errungenen mehr oder weniger allgemeinen materiellen Wohlergehens gewährleistet. Zugleich präsentieren sich allerdings die Aufgaben, die für eine staatliche Einflussnahme zu erwägen sind, bei uns vielfältiger und komplizierter als in anderen staatlichen Gemeinschaften: Es gibt in unserem Land verschiedenartige Kulturen. Was uns als Schweizer untereinander verbindet, ist weniger ein gemeinsames kulturelles Vorhaben als vielmehr der gemeinsame politische Wille, aus dem die Eidgenossenschaft als Begegnungsort dreier europäischer Kulturen und verschiedener Sprachgruppen entstanden ist. In einer Zeit, in der eine Uniformierung der Bedürfnisse und Lebensformen als Folge der Entwicklung der Industriegesellschaft jene Unterschiede aufzulösen droht, in denen Menschen und Bevölkerungsgruppen ihre Persönlichkeit bestätigt finden, ist die Erhaltung des gegenseitigen Verständnisses in der Verschiedenheit von besonderer Bedeutung.

Sachter Aufbau

Wie weit muss, darf und kann solchen Erkenntnissen Rechnung getragen werden, lautet die nächste Frage, wenn man auf die kulturelle Betätigung des Staates zu sprechen kommt? – Staatliche Eingriffe sind offenbar notwendig, Gefährdetes zu erhalten, schüchtern Aufkeimendes zu pflegen, aber sie können auch zerstörend wirken, wenn sie zu wenig überlegt oder als blosse Pflichtübung vorgenommen werden. Eine «Kulturbürokratie» ist das letzte, was wir uns zu allen andern Bevormundungsversuchen des Sozialstaates hinzu noch wünschen wollen. Jedenfalls wäre hierzulande mehr als andernorts tunlichste Zurückhaltung zu üben. Es dürfte das bisher befolgte föderalistische Subsidiaritätsprinzip, das dem Wirken des grösseren Bundes gegenüber Hilfeleistungen im überblickbaren kleineren Kreis Schranken auferlegt, nicht Überlegungen einer blossen Verstärkung des Mitteleinsatzes geopfert werden.

Es ist bezeichnend, wie zurückhaltend der Bund auf kulturellem Gebiet tätig geworden ist. In der Verfassung von 1848 findet sich als einziger Ansatz zu einer Kulturpolitik der damalige Artikel 22 mit der Kompetenznorm, dass der Bund befugt sei, eine Universität und eine polytechnische Schule zu errichten. (Dazu eine Randnote: von der Errichtung einer Bundesuniversität ist nie ernstlich die Rede gewesen, doch sind die Universitätskantone in jüngerer Zeit um so nachhaltiger um Bundesbeihilfe für ihre eigenen Hochschulen vorstellig geworden.) Anlässlich der bisher einzigen Totalrevision der Bundesverfassung (1874) ist der Ansatz im Bildungsbereich ausgebaut und der Bund durch den sogenannten «Schulartikel» (Artikel 27) zum Garanten eines nach wie vor den Kantonen zum Vollzug anvertrauten «genügenden, obligatorischen und in den öffentlichen Schulen unentgeltlichen» Primarunterrichts befördert worden. Der Schritt, der im Zei-

chen des Kampfes um die Glaubens- und Gewissensfreiheit gestanden, hat gleichzeitig die Volksschule gegen Beeinträchtigungen dieser Freiheit abgesichert. Erst mit einer Teilrevision von 1902 ist in Gestalt eines Artikels 27bis dem Bund für seine Eingriffsrechte in die kantonale Schulhoheit auch eine Subventionsverpflichtung im Schulbereich auferlegt worden.

Wie ist es weitergegangen? Bundesrat Tschudi hat einmal in einem Vortrag über *«Eidgenössische Kulturpolitik»* – es ist 1970 wieder in welschen Landen, in La Chaux-de-Fonds, gewesen – den Werdegang nachgezeichnet: Unter dem Eindruck des «verklärten Bildes», das sich die Gründergeneration vom neuen gemeinsamen Vaterland machte, hat erstmals eine Botschaft des Bundesrates vom 3. Juni bei den eidgenössischen Räten um die Bewilligung eines jährlichen Kredits *«zur Förderung und Hebung der schweizerischen Kunst»* nachgesucht, die unter anderem berufen sei, *«dem Volk den Kerngehalt seiner Geschichte, seines nationalen Lebens und des natürlichen Hintergrundes, auf welchem sich dasselbe entwickelt hat, eindringlich vor Augen zu führen»*.

Aus diesen romantisch-heroischen Anfängen hat sich allmählich die eine und die andere weitere Hilfeleistung entwickelt: Unmittelbar vor der Jahrhundertwende sind die Schaffung der Landesbibliothek und die Gründung eines Schweizerischen Landesmuseums beschlossen worden, letzteres wiederum unter Berufung auf das vaterländische Ziel, *«anhand der grossen Zeugnisse der politischen und kulturellen Vergangenheit eine Stärkung des eidgenössischen Gemeinsinns und damit einen Beitrag zur Einheit des Bundesstaates zu leisten»*. – In die gleiche, patriotisch gefärbte Aufwallung sind die in ihren Anfängen ebenfalls noch ins letzte Jahrhundert zurückgehende Denkmalpflege sowie die Bestrebungen für einen Natur- und Heimatschutz einzureihen, für dessen massive Unterstützung allerdings erst 1962 eine besondere Verfassungsgrundlage geschaffen worden ist. Der Landschaftsschutz wird als Aufgabe zur «Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt» dargestellt.

Stärkste Impulse für eine Intensivierung der kulturellen Arbeit sind dann durch die Bedrohung unserer staatlichen Existenz in den dreissiger Jahren ausgelöst worden. Mit der Schaffung der Arbeitsgemeinschaft (heute Stiftung) *Pro Helvetia,* die ihre Mittel praktisch vollumfänglich vom Bund erhält, wurde unmittelbar vor Kriegsbeginn die Förderung des kulturellen Lebens auf eine breitere Basis gestellt. Neben den bildenden Künsten können seither alle Formen kulturellen Schaffens im engeren Sinn auf die Unterstützung des Bundes zählen. Und in den Kriegsjahren ist man sich auch der seither immer deutlicher werdenden Notwendigkeit bewusst geworden, besondere Anstrengungen für die Wahrung der italienischen und rätoromanischen Kultur zu unternehmen. Neue Wege der Kulturförderung sind schliesslich mit einer Verfassungsrevision von 1958 beschritten worden, die den Erlass eines schweizerischen Filmgesetzes zur Folge gehabt und die Unterstützung dieses neuen Ausdrucksmittels für die Geltendmachung der schweizerischen Stimme in der Welt möglich gemacht hat.

Schliesslich seien neben gescheiterten Versuchen der Kulturförderung im

weitesten Sinn, zu denen vor allem die unterlegenen Bildungsartikel und die wiederholten vergeblichen Versuche um die Verankerung eines Radio- und Fernsehartikels zu zählen sind, der Erlass eines Stipendienartikels (1963), eines Turn- und Sportartikels (1970) und eines Forschungsartikels (1973) festgehalten, die wieder zu den Ursprüngen der kulturellen Anliegen des Bundes im Schul -und Wissenschaftsbereich zurückführen.

Das Staatsbewusstsein

Es dürfte aus der Skizzierung dieser allmählichen Entwicklung die Rolle deutlich geworden sein, die ein ausgesprochenes Staatsbewusstsein als bindendes Element in der eidgenössischen Kulturpolitik hatte. Am ausgesprochensten ist das mit der Botschaft vom 9. Dezember 1938 über *«Die Organisation und die Aufgabe der Schweizerischen Kulturwahrung»* zum Ausdruck gebracht worden. Diese Pro-Helvetia-Botschaft ist von Bundesrat Etter als damaligem Vorsteher des Departementes des Innern höchstpersönlich verfasst worden und ganz von der heute wohl als pathetisch empfundenen Handschrift dieses zeitweilig angefochtenen Magistraten geprägt, dem aber ein Vorwurf sicher nicht gemacht werden kann, nämlich dass er nicht von humanistischer Bildung geprägt gewesen wäre.

Es finden sich in der Botschaft Sätze, die gerade heute, in einer Zeit erlahmenden Staatsbewusstseins, in Erinnerung gerufen zu werden verdienen: So, dass sich der Zweck des Staates nicht darin erschöpfe, die materielle Wohlfahrt seiner Bürger durch die Gesetzgebung, Rechtspflege und soziale Einrichtungen zu fördern und durch die militärische Landesverteidigung gegen jeden Angriff von aussen sicherzustellen. Jeder Staat lebe vielmehr aus der Kraft seiner geistigen Grundlagen, werde getragen von der Gemeinschaft des Willens und des Geistes, von einer einigenden, alles Trennende und Differenzierende überschattenden Idee, die in der Staatsform ihren wesensgleichen Ausdruck und ihre natürliche Erfüllung findet. Wörtlich: *«Seine Erhaltung liegt weniger auf der Ebene des Wissens als auf der Ebene des Gewissens.»* Und der Staat müsse wieder *«Ziel unseres Opfers werden, nicht Opfer unserer Ziele»!*

Aus solchen und ähnlichen Erkenntnissen wurde denn auch nicht nur die Konsequenz einer verstärkten Bundeshilfe für Künstler, Dichter und Gelehrte und ihre Dachorganisationen gezogen, deren Vermittlung eben der unabhängigen Stiftung Pro Helvetia anvertraut wurde. Es wurde bei deren Einrichtung nicht nur auf die Kulturförderung im Inland und – zur Mehrung schweizerischen Ansehens in der Welt – auf die Verbreitung in unserem Land hervorgebrachter kultureller Leistungen im Ausland Bedacht genommen. Ebensosehr wurden das Erziehungs- und Bildungswesen als einer der wichtigsten Zweige der den Kantonen anvertrauten öffentlichen Kulturpflege hervorgehoben und die Stärkung des staatsbürgerlichen Unterrichts postuliert. Das ursprünglich vorgesehene Obligatorium dieses Unterrichts ist dann allerdings berechtigter Hemmungen gegenüber einer anrüchigen «nationalen Erziehung» wegen selbst in jenen bewegten Zeiten nicht durchgedrungen . . .

Es dürfte indessen – und damit kehren wir zu den besondern Anliegen unserer Künstler und Dichter zurück – am Platze sein, das Problem der Verantwortung gegenüber dem Ganzen auch bei der Förderung der Künste und des Schrifttums nicht allzu gering zu achten. So sehr dieses Schaffen den notwendigen Freiheitsraum braucht und gegen politische Einflussnahme abgeschirmt werden muss, können doch die demokratischen Spielregeln in unserem Bürgerstaat nicht einfach übergangen werden. Denn wenn zwischen Künstler und Publikum zu grosse Entfremdung Platz greift, wird der Souverän auf die Dauer die von «grosszügigen» Behörden gewährte Förderung nicht billigen.

Es findet sich im Clottu-Bericht ein Hinweis, der dieses Dilemma in aller Schärfe aufreisst. Im Kapitel Theater – eine kulturelle Einrichtung, die wie keine zweite von der Erhaltung durch öffentliche Mittel zwar nicht des Bundes, aber der Theaterstädte abhängig ist – steht der brutale Satz zu lesen: *«Die Gesellschaft muss gerade jene subventionieren, die sie in Frage stellen, weil ohne sie kein Fortschritt möglich ist.»* – Der von kühnster Dialektik geprägte Satz könnte auch auf das Gegenwartsschrifttum gemünzt sein. Jedenfalls sind der Dokumentation, die seinerzeit über die während dreier Tage zwischen Schweizer Schriftstellern geführten Gespräche an den *«Oltener Literaturtagen 1970»* angelegt wurde, gleichgerichtete Aussprüche zu entnehmen. Die dort zum Wort kamen, verstanden ihr Engagement ausnahmslos als Verpflichtung zur Opposition. Keiner sah es als staatserhaltend. Mit einem gewissen Zynismus ist in Olten an diese Feststellung allerdings die fragwürdige Selbsterkenntnis geknüpft worden, dass die engagierten Schriftsteller «Narren auf verlorenem Posten» seien.

Es bleibt jedem freigestellt, sich als Narr zu verstehen, doch ist Narrenfreiheit eine fragwürdige Freiheit. Wie (pseudo)künstlerisches Schaffen, das sich von der Verlockung verführen lässt, mit blossem «épater le bourgeois» von sich reden zu machen, ist sie kaum anderen Schutzes würdig, als dass man den auf seine «Selbstverwirklichung» pochenden Aussenseiter der Gesellschaft gewähren lässt. Ihn dafür noch zu belohnen, ist mehr als gutmütig. Die vielbeschworene Freiheit sollte dem, der sich so exzessiv darauf beruft, doch auch ein eigenes Opfer wert sein!

Schlussfolgerungen

Kehren wir damit zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurück: Sie haben mit der anekdotischen Schilderung der Zurückhaltung unserer Politiker gegenüber kulturellen Anliegen eingesetzt. Wenigstens soweit die Kulturförderung im engeren Sinn – die Förderung der Künste und des Schrifttums – zur Diskussion steht, ist von dieser Seite wenig Einsatz zu verspüren. Tun sie aber so unrecht mit ihrer Reserve?

Nicht nur, weil dort, wo die innere Beziehung zu einer Aufgabe fehlt, das Engagement weniger zu erwarten ist als für Verpflichtungen, die einem Volksvertreter von Haus aus näher liegen, dürfte die Darstellung der Problematik einer schweizerischen Kulturpolitik bei aller Wünschbarkeit, ja Notwendigkeit staatlicher Förderungsmassnahmen dargetan haben, dass

gerade heute, in einer Phase der Abkehr von den einst als selbstverständlich empfundenen Bindungen einer verschworenen Schicksalsgemeinschaft, im Zeichen zugleich einer überhandnehmenden Mentalität, an den Staat immer neue Forderungen zu stellen, statt sich zu fragen, was man mit eigener Anstrengung selber machen kann, etwelche Zurückhaltung durchaus vertretbar sein könnte.

Es ist übrigens zu unterscheiden zwischen an den Bund gestellten Ansprüchen und Ansprüchen, die an die Kantone und Gemeinden gerichtet werden. Wie schon mehrfach angedeutet, wird im Kulturbereich vor allem an das Tätigwerden der kleineren, überblickbaren Gemeinwesen appelliert. Dem Bund ist eher eine subsidiäre Rolle zugedacht. Er soll dort einspringen, wo es Benachteiligungen zwischen wirtschaftlich ungleich florierenden Regionen auszugleichen und Mittel für die unverhältnismässig kostspieligen Aufgaben kleiner Kulturkreise bereitzustellen gilt. Auch die kulturelle Präsenz unseres Landes im Ausland wird man in erster Linie als Bundesaufgabe bezeichnen dürfen. So erschiene eigentlich, abgesehen von dieser letzten Aufgabe der Wahrung des kulturellen Images im Ausland, für die Kulturpolitik des Bundes weniger die direkte Förderung der Künste als eine von Fall zu Fall zu gewährende Unterstützung der Kantone im gleichen Bereich sinnvoll.

Mit aller Deutlichkeit ist ein weiterer, in der etwas einseitigen Sicht der Kommission Clottu überbewerteter Aspekt zu «normalisieren»: Nicht in erster Linie die professionelle Betätigung in den Künsten gilt es von Staates wegen zu fördern. Von Bund, Kantonen und Gemeinden her gesehen erscheint ein umfassenderes Kulturbewusstsein förderungswürdig. In der gleichnamigen Schriftenreihe einer um die Zukunft der *«Eidgenössischen Gemeinschaft»* besorgten Gruppe junger Leute ist in den vierziger Jahren auch eine Schrift *«Politik und Kultur»* publiziert worden, die auf 50 Seiten ebenso Wesentliches aussagt, wie es die Kommission Clottu mit einem hundertfachen Aufwand getan hat. In unserem Zusammenhang erscheint der Umstand besonders bezeichnend, dass das Schwergewicht jener Darstellung auf Schule und Erziehung liegt, während alles übrige unter dem Begriff *«Das Kulturleben ausserhalb der Schulen»* auf knappen zehn Seiten Platz gefunden hat.

Schule und Erziehung – diese Aufgaben liegen auch unseren Politikern näher als die Kunstförderung. Den zur Vorbereitung einer neuen Aufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen jüngst veröffentlichten Unterlagen sind darüber, beziehungsweise über die daraus erwachsenen finanziellen Verpflichtungen aufschlussreiche Zahlen zu entnehmen: Während unter dem Oberbegriff «Kultur», eingeschlossen Erholung und Sport, ein Gesamtaufwand der öffentlichen Hand von jährlich einer Milliarde ausgewiesen wird, wovon nur 90 Millionen den Bund belasten, der grosse Rest jedoch von Kantonen und Gemeinden aufgebracht wird, werden für Unterricht und Forschung annähernd acht Milliarden aufgewendet.

In der Schule und mit der Erziehung werden die Grundlagen gelegt, die für die Kultur ausschlaggebend sind. Diese Art Kulturförderung sollte weit gefasst und vielleicht noch stärker auf die För-

derung sinnvoller Freizeitbeschäftigung und Amateurkunst ausgedehnt werden. Wichtig ist, dass auf diese Weise früh schon zur aktiven Kulturarbeit angeregt wird, statt der passiven Konsumhaltung dadurch Vorschub zu leisten, dass das Feld der Dauerberieselung durch die elektronischen Medien überlassen wird. Hier wäre für wertvolle staatliche Kulturpolitik ein weites Feld. Wie die spontanen Regungen der Jungen zeigen, müssten hier unternommene Anstrengungen auf guten Boden fallen.

Ob die Förderung der Professionellen, wie das früher der Fall gewesen, wieder vermehrt privatem Mäzenatentum überlassen und dessen anregende Tätigkeit durch eine grosszügigere Steuerpolitik begünstigt werden könnte, ist eine Frage, die mindestens zu überlegen wäre. Gewiss würde auf diese Weise das Kulturschaffen eigenwilliger gefördert, als wenn staatliche Kommissionen sich der Aufgabe annehmen. Einzelne Schaffensbereiche, wie das Schrifttum, könnten sogar ganz unters Eis geraten, befinden sich doch die meisten Verlage derzeit in einer derart bedrängten Lage, dass mit blosser steuerlicher Begünstigung nicht viel herauszuholen ist. Vielleicht liessen sich dafür andere Wege finden. Es sei nur an die Vorarbeiten für eine staatliche Presseförderung erinnert, die parallel zur Kulturdiskussion eingeleitet worden sind. Wenn die für die Sanierung der politischen Presse erwogenen Massnahmen bis jetzt auch nicht viel Beifall gefunden haben – für die Förderung der «Schönen Literatur» liessen sich daraus möglicherweise nützliche Anregungen gewinnen. Kulturpolitik verlangt nicht nur Geld, sondern vor allem Phantasie.

Arnold Fisch

Theater – «täglich wie das Leben»

Zum Spielzeitbeginn in Zürich

Die neue Leitung des *Zürcher Schauspielhauses* hat ihren Spielplan schon Mitte Juli veröffentlicht. Da Theater auf der Bühne, nicht in Programmen und Vorschauen verwirklicht wird, wäre es müssig, allein schon anhand der gewählten Stücke und vielleicht noch anhand der Angaben darüber, wer sie inszenieren wird, Urteile über das auszusprechen, was dem Theaterbesucher bevorsteht. Es erwarten ihn Produktionen, auf die er mit Fug neugierig sein darf. Neben Shakespeare («Romeo und Julia») und Lessing («Minna von Barnhelm»), Tschechow und Hebbel (ein Wagnis für sich!) wird es die Wiederbegegnung mit Claudel geben, einst auf der Bühne des Schauspielhauses mit seinen grossen dramatischen Werken gegenwärtig, dann für eine längere Epoche verschwunden. Und ähnlich verhält es sich mit Georg Kaiser, von dem das musikalische «Wintermärchen» auf dem Spielplan steht, zu dem Kurt Weill die Musik geschrieben hat:

«Der Silbersee» ist – unter der Regie des neuen Direktors Gerd Heinz – als Koproduktion mit dem Opernhaus vorgesehen. Tankred Dorst und Gerlind Reinshagen, Botho Strauss und – im Keller – Auftragsstücke von vier Schweizer Autoren zum Thema «D'Familie Chäller» (als Koproduktion mit dem Fernsehen) vertreten das dramatische Schaffen der Gegenwart.

Im ganzen präsentiert sich, was die neue künstlerische Leitung und die Dramaturgie des Schauspielhauses sich für die Spielzeit 82/83 vorgenommen haben, als eine gute, mit Gründen zu vertretende Mischung aus grosser Tradition und unvoreingenommener Prüfung würdiger Moderne, aus Klassik und wichtigen Werken der Neuzeit, die angereichert ist durch den Versuch, den notwendigen Bezug des Theaters zur konkreten Lebenswirklichkeit, zur unmittelbaren Gegenwart herzustellen.

Was eigentlich ist Theater, was kann es sein? Das Spruchband, das – in Photomontage über die Fassade des Schauspielhauses gehängt – das Titelblatt der neuen *Theaterzeitung* beherrscht, verspricht Produktionen, die *«täglich wie das Leben»* sein sollen. Das weckt Erinnerungen an Inszenierungen, mit denen die vergangene Spielzeit in Zürich ausklang. Das Stück, welches das *Theater am Neumarkt* im Sommer herausgebracht hat und auch in die neue Saison übernehmen will, wirft die Frage auf, inwiefern sich der Zuschauer selber erkenne in dem, was die Schauspieler vorführen. Der Schauspieler stellt Wirklichkeit her, indem er aus genauen Beobachtungen und Verhaltensstudien zusammensetzt, was jeden von uns betreffen kann. Der Schauspieler spielt zwar diese Wirklichkeit nur; aber wenn er gut spielt, kann man sein Kunstprodukt vom Leben selbst nicht unterscheiden. Anderseits ist ebenso offensichtlich, dass ja jede unserer Äusserungen, jede in Worten und Gesten sichtbar gemachte Erscheinung des täglichen Lebens ihrerseits darstellendes Spiel ist. Wir spielen alle eine Rolle. Eduardo de Filippo hat eben diesen Umstand zum Thema seines Stücks *«Die Kunst der Komödie»* gemacht. Es ist vielleicht dramaturgisch kein meisterhaft gebautes Stück, seine Exposition ist etwas schwerfällig und die Durchführung allzusehr eine Aneinanderreihung von komödiantischen Einzelnummern. Aber in der Grundanlage und in dem, was es über das Wesen des Theaters vermittelt, ist es ein ganz wichtiges Stück. Denn wenn, was De Filippos Komödie voraussetzt, der neue Präfekt der Provinzstadt in die Lage kommt, dass er auf einmal nicht mehr weiss, ob es wirklich der Gemeindearzt sei, der ihm seine Sorgen und Klagen vortrage, oder am Ende ein Schauspieler, der diesen Gemeindearzt spiele; wenn er den echten nicht mehr sicher vom vielleicht unechten Priester unterscheiden kann und mit grösstem Misstrauen zuhört, wenn ihm die Lehrerin ihre aufregende Geschichte erzählt; kurzum wenn die Wirklichkeit, mit der er es als Chef der Gemeindeverwaltung zu tun hat, zur Komödie wird – oder die Komödie zur Wirklichkeit, so ist das ein theatralisch effektvoller Hinweis darauf, was eigentlich das Spiel auf der Bühne bedeuten könnte. Eduardo de Filippo, der in erster Linie ein Schauspieler und nicht ein Stückeschreiber ist, wurde einmal gefragt,

was seine Arbeit am meisten beeinflusst habe, die italienische Tradition vielleicht, die Commedia dell'Arte. Seine einfache Antwort: Das Leben, die Strasse, die Menschen, die Natur und meine Reaktionen darauf.

Da haben wir nun die leidenschaftlichsten und theoretisch aufs äusserste befrachteten Diskussionen über Sinn und Funktion des Theaters hinter uns, da wird hartnäckig und nicht ganz ohne Sonderinteressen die Fiktion einer unüberbrückbaren Kluft zwischen traditionellem und institutionalisiertem Theater auf der einen und alternativem Spiel freier Gruppen auf der andern Seite gehätschelt, und ohne Zweifel ist die weite Landschaft des darstellenden Spiels höchst vielgestaltig und formenreich. Aber der Sinn aller theatralischen Aktivitäten lässt sich möglicherweise zurückführen eben auf «Die Kunst der Komödie», auf das Spiel mit genauem Realitätsbezug oder auf die Realität als Spiel. So verstandenes Theater erlaubt dem Zuschauer, Distanz zu nehmen und Freiheit zu gewinnen von den Zwängen, Zuständen und Sachverhalten, die ihn bedrängen. Es erlaubt ihm, zugleich mitzugehen und sich zu identifizieren, wie auch das Geschaute zu reflektieren, es als eine Möglichkeit zu sehen, zu der es Varianten und Alternativen gibt. Pirandello, der andere italienische Dramatiker, der gern im Zusammenhang mit De Filippo genannt wird, obgleich ich meine, zwischen ihnen sei nicht nur der Unterschied zwischen Dialekt und Schriftsprache (auch von Pirandello gibt es Dialektszenen), sondern die gravierende Differenz, die den Optimisten vom Pessimisten trennt: der Pessimist Pirandello treibt das Spiel zwischen Schein und Sein oft bis an die Grenze des Wahnhaften und wohl auch darüber hinaus, so dass sichtbar wird, wie Theater das ganze Leben, seine Herrlichkeit und seine Schrekken, das Glück und das Leiden umspannt. In seinem Ursprung ist es nicht eine Sache hochgezüchteter Spezialisten und ausgesuchter Kenner, sondern etwas, das uns begleitet im Gespräch, im Zusammenleben mit andern, auf der Strasse und auf dem Bahnhof, auch in Versammlungen und parlamentarischen Beratungen. Es lässt sich nicht in die dafür errichteten Häuser bannen und ist nicht einzudämmen zwischen Bühnenportalen, sondern es ist immer da. Und keiner sage, das würde ja dann heissen, dass wir das Leben nicht ernst nähmen. So ernst vielleicht nicht, dass wir nicht das Spielerische der Selbstdarstellung zu erkennen vermöchten, gerade wenn sie pompös oder autoritär daherkommt. Bei Shakespeare findet sich das Wort, die ganze Welt sei ein Schauspiel.

Bei De Filippo fordert der Direktor der fahrenden Truppe nicht etwa mehr Geld vom Präfekten, sondern gesellschaftlichen Respekt für den Schauspieler. Er möchte, dass man ihn nicht länger als einen Landstreicher sehe, sondern als ein achtenswertes Glied der Gesellschaft. Er besteht darauf, dass er und seine Kollegen so gut wie der Arzt und der Lehrer, der Schuster und der Bäcker nützliche Arbeit leisten.

Eine zweite Erinnerung an die vergangene Spielzeit, eine unvergessliche Einzelheit aus den vielgestaltigen Darbietungen des *Theater-Spektakels* fügt sich hier an. Dass die *«Fourberies de Scapin»* von Molière, die Inszenie-

rung, mit der das *Théâtre Populaire Romand* in Zürich gastierte, im Zelt vorgezeigt werden musste, war nicht besonders glücklich. Die artistisch-spielerische Produktion mit akrobatischen Einlagen, von daher gewiss auch den Darbietungen im Zirkus verwandt, hätte in ihrer sprachlichen und gestischen Präzision ungleich stärker gewirkt, wenn dem Zuschauer grössere Konzentration überhaupt möglich gewesen wäre. Doch habe ich von dieser Aufführung etwas als bleibenden Eindruck bewahrt, das merkwürdigerweise kaum in einer Besprechung des Abends erwähnt worden ist. Von der ersten bis zur letzten Szene nämlich war da ein Kind, ein Zuschauer mitten auf der Szene, wohl ein kleines Mitglied der Truppe. Es hatte eigentlich keine Funktion im Stück, es wohnte einfach den Streichen Scapins bei, es verfolgte aufmerksam die Klagen der Väter und die Seufzer der Liebenden, es duckte sich in eine Ecke, wenn sie auf dem Spielplatz mit Stöcken aufeinander einschlugen, und es nahm vielleicht einmal auch probeweise eine Haltung oder eine Pose auf, die es der lustigen Figur abgeguckt hatte. Dieses Kind hat mich an dem Abend aufmerksamer zuschauen gelehrt. Indem ich seine Faszination, seine unverkennbare Freude und manchmal auch seine Zweifel, seine leisen Ängste, dann wieder sein lächelndes Interesse und sein Entzücken über die Purzelbäume Scapins immer gleichzeitig mit diesen Vorgängen auch sah, lernte ich mit seinen Augen sehen. Wir sollten wahrscheinlich alle wieder mehr zuschauen lernen: der Theaterbesucher ist vor allem ein Zuschauer und nicht etwa einfach ein Zuhörer, nicht Überprüfer des Wortlauts, sondern Geniesser eines Schauvergnügens. Das habe ich im Zelt auf der Landiwiese erfahren, indem ich ein Kind Scapins Streichen zuschauen sah.

An den Zuschauer vor allem richtet sich auch die *Zeitung des Schauspielhauses,* mit der die neue Leitung der Pfauenbühne nicht nur ihren Spielplan bekanntgibt, sondern mit der sie in einer Folge von Ausgaben ihre Produktionen begleiten will. Die Zeitung, die es erlaubt, flexibler und ausführlicher zu erläutern und zu diskutieren, was auf der Bühne gezeigt, was sichtbar gemacht werden soll, ist als Ersatz für die üblichen Programmhefte gedacht. Wer sie abonniert, nimmt teil am Theatergespräch. Die Programmhefte waren zuletzt in ihrer inhaltlichen Substanz so verkommen, so billig auch in ihrer zusammengelesenen Unverbindlichkeit, dass ja ein neuer Anfang unbedingt gesucht werden musste. Jetzt also wird es möglich sein, zu den elf geplanten Inszenierungen und zum Keller-Programm in Aufsätzen, Interviews und Zitaten die wünschbaren Vorinformationen anzubieten. Die neue Dramaturgie bekundet ihren guten Willen, mit der Zeitung zwischen der Bühne und dem Theaterbesucher eine Brücke zu bauen. Dem Zuschauer, der darin zu bestärken ist, seinen eigenen Erfahrungen im Theater zu vertrauen, soll hilfreich sein, was ihm da als Lesestoff angeboten wird. Ein Gespräch wird eröffnet, das die Produktionen der Bühne verfolgt, und zwar denke ich: auch kritisch verfolgt. Ein Wunsch, der an dieser Stelle mehr als einmal geäussert worden ist, geht damit in Erfüllung.

Ich will hier nicht auf den Spielplan

im einzelnen eingehen, von dem man vielleicht sagen kann, dass er – ohne mutwillig mit Traditionen zu brechen – klug und ausgewogen ist, mit der Zielsetzung konzipiert, einen eigenen, von der Geschichte des Hauses wie von seinen Möglichkeiten, von der aktuellen wie von der besonderen lokalen Situation mitbedingten Weg zu gehen. Da tauchen denn Paul Claudel und Georg Kaiser sozusagen aus der Versenkung wieder auf, da wird – mit der «Trilogie des Wiedersehens» – Botho Strauss endlich in einem weiteren wichtigen Stück vorgestellt, und ausserdem ist vor allem auch der erneute Effort zu loben, Paul Haller mit seinem Drama «Marie und Robert» nach längerer Pause wieder ins Bewusstsein der Schweizer Theaterszene zurückzurufen.

Ein kritisches Wort, ein Einwand kann – bei aller Zustimmung zur neuen Zeitung des Schauspielhauses – nicht unterdrückt werden. Vielleicht hielt man es für unerlässlich (und es wäre dann zu fragen: warum?), die einzelnen Produktionen «schlagzeilenmässig» unter die Leute zu bringen. Aber wenn das dann bei Paul Hallers Tragödie lautet: «*Eine unmögliche Liebesgeschichte, ein Mord aus Eifersucht, ein Meineid der Geliebten. Und alles auf Schweizerdeutsch*», dann fragt man sich natürlich, an welches Publikum sich dergleichen unseriöse Schlagzeilen-Information eigentlich richten soll. Doch nicht an das Publikum, das sich die Redaktoren dieser Zeitung als Partner wünschen müssten! Zu «Minna von Barnhelm» ist dem cleveren Titel-Texter gar die peinliche Formel eingefallen: «*Vom Schützengraben ins Ehebett.*» Das ist nicht nur lausig, weil es im Siebenjährigen Krieg ja wohl noch keine Schützengräben gegeben hat. So eigentlich hätten wir es lieber doch nicht. Es ist gewiss nichts dagegen zu sagen, wenn versucht wird, Theater wirkungsvoll zu «verkaufen». Aber es sollte ehrlich und mit Geschmack gemacht werden, und es sollte vor allem in einer Weise gemacht werden, die keine Zweifel darüber aufkommen lässt, dass die Theaterleute ihr Publikum mindestens so ernst nehmen, wie sie selber ernstgenommen werden möchten.

Anton Krättli

Die vielen Konflikte im Nahen Osten

Zeichen des Umbruchs in der islamischen Welt

Gegenwärtig gibt es zwei heisse Kriege im Nahen Osten, dazu eine grosse Zahl potentiell unstabiler Staaten, in denen weitere Krisen ausbrechen können. Bei aller Aufmerksamkeit, die das tragische Geschehen in Libanon verdient, tut man gut daran, die andere Tragödie nicht aus den Augen zu lassen, die sich islamische Revolution in Iran nennt und gewiss nicht unblutiger ist als der Libanonkrieg.

In Iran ist eine alte, auf ihre verfeinerte Kulturtradition überaus stolze

Gesellschaft einer Welle von Fanatismus zum Opfer gefallen, deren Entstehung zwar erklärt, aber nicht gerechtfertigt werden kann. Diese Welle, die noch weiterrollt, hat einerseits zu einer blutigen inneren Repression gegen Andersgesonnene geführt, andrerseits zu einem Grenzkrieg gegen den auch nicht von fanatischen Brutalitäten freien Nachbarstaat Irak, der schon fast zwei Jahre dauert.

60 Jahre Palästinakämpfe

An Israelkriege hat sich der Nahe Osten in den letzten 60 Jahren notgedrungen gewöhnen müssen. Sie haben zu Beginn des britischen Mandates in Palästina als kleine, aber bittere Kämpfe zwischen eingewanderten Juden und einheimischen Palästinensern begonnen, und sie dauern heute als grössere Kriege zwischen den gleichen Gegnern noch an, wobei es eigentlich keinen grossen Unterschied machte – ausser im Gewicht der eingesetzten Mittel –, dass Israel in der Zwischenzeit ein Staat geworden ist, den sogar ein arabisches Land, Ägypten, anerkannt hat, noch dass die «Eingeborenen» Palästinas, wie man sie damals nannte, zu den «Juden des Nahen Ostens» geworden sind, wie sie heute gerne selbst sagen; Heimatlose, die davon träumen, dass sie einst nach Jerusalem zurückkehren wollen.

Es hat auch nichts Grundlegendes geändert, dass Grossbritannien inzwischen als Vormacht ausschied, und dass die Vereinigten Staaten die Vormachtstellung übernahmen, während die Sowjetunion die Positionen des kolonialen Gegenspielers wieder belebt hat. Ein Balancespiel besonderer Art ist geblieben, in dem es einen Spieler gibt, der die Hauptpositionen besitzt und sie zu erhalten sucht, und einen Gegenspieler, der darauf ausgeht, die lokalen Gefechte dazu auszunützen, um die bestehende Schutzmacht aus den Angeln zu heben. Die unveränderte Grundkonstellation in der Israel-Palästina-Frage ist diese: Israel gestützt auf die USA, die Palästinenser soweit von der Sowjetunion ausgehalten, dass sie als Störfaktor fortbestehen können. Über 4 Millionen Palästinenser lassen sich als politische Kraft nicht aus der Welt schaffen, solange die Sowjetunion sie weiter stützen will und sie selbst ihren Kampf nicht aufgeben.

Dass der zerbrechliche und zerbrochene Staat Libanon möglicherweise im Windschatten des israelischen Feldzuges wieder geflickt werden könnte, nachdem er zuerst in den palästinensisch-israelischen Reibungen auseinandergebrochen war, ist eine zaghafte Hoffnung, die mit Glück in Erfüllung gehen könnte, wenngleich es leichter ist, ein politisches Lebewesen, wie es Libanon war, zu zerstören, als ihm neues Leben einzuhauchen. Sogar im Falle des Gelingens wäre dies kein Ende des Ringens zwischen Israeli und Palästinensern. Es wird in dieser oder jener Form fortdauern, bis die Widersacher sich dazu entschliessen, miteinander zu leben, statt einander aus der Welt schaffen zu wollen – falls es je dazu kommen sollte.

«Kontrollierte» und «unerwartete» Kriege

Dies ist ein altbekanntes Trauer- und Dauerspiel, an das die Umwelt sich

insofern gewöhnt hat, so gefährlich es sein mag, als sie es einem gewissen «Krisenmanagement» unterstellt. Die beiden Supermächte unterstützen zwar ihre Klienten, vermeiden es aber zugleich, einander über den Israel-Palästina-Streit in den Krieg zu treiben.

Im Falle der iranischen Tragödie ist die Lage ganz anders. Während die Supermächte die israelisch-palästinensische Rivalität für ihre Zwecke zu instrumentalisieren suchen, stehen sie der iranischen Revolution ratlos gegenüber.

Man kann das israelisch-palästinensische Ringen als die letzte Fortsetzung des kolonialen Zeitalters sehen – die Araber tun es, weil es letzten Endes auf eine koloniale Situation zurückgeht, nämlich Einpflanzung eines «tüchtigen» westlichen oder verwestlichten Volkes in das Gebiet von «Eingeborenen», die in einer anderen, weniger «tüchtigen» Zivilisation leben oder bisher gelebt hatten. Weil die koloniale Wurzel besteht, hat der Westen die Kontrolle über die Lage nie ganz verloren. Er verfügt über Ansatzpunkte, um die Krisen zu «managen».

Iran hingegen ist der erste Fall einer nachkolonialen Erhebung; sie geschieht nicht mehr im Namen der vom Kolonialismus eingepflanzten Ideen, Zielsetzungen und Wertvorstellungen. Rückblickend erkennt man, dass alle nationalistischen Aufstände gegen die «Kolonialisten» bisher im Zeichen von Wertvorstellungen und Zielsetzungen geschehen sind, die der Kolonialismus ursprünglich eingepflanzt hatte; der Nationalismus selbst ist einer dieser von aussen her aufgepfropften Fremdkörper.

Aufstand gegen die Werte des Westens

Iran ist der erste Fall, in dem nicht nur die Herrschaft der Kolonisten und «Neokolonisten» abgelehnt wird, sondern auch ihre Zielsetzungen, die man einst idealistisch als «die Bürde des Weissen Mannes» beschreiben konnte. Man hat sich im Namen der eigenen durch den Islam am stärksten geformten Lebens- und Zivilisationstradition nicht nur gegen die fremde Herrschaft erhoben (die der Schah in den Augen der Perser indirekt als Instrument der neokolonialen Mächte ausübte, sondern darüber hinaus gegen die «westlichen Formen» (so Khomeiny) der Existenz. Man ist dabei in eine gewisse Barbarei zurückgesunken, so will es dem Aussenstehenden nicht ohne gute Gründe erscheinen. Sie kommt teilweise daher, dass die eigenen Lebenstraditionen islamischer Wurzel in langen Jahrhunderten einer relativen Unbeweglichkeit und dann in einem guten Jahrhundert der von aussen übernommenen Ideale und Zielvorstellungen zwar überlebt haben, aber eigentlich nur unter den Geistlichen und im unteren Volk, und dabei eng geworden und verkümmert sind.

Der Abwehrkampf gegen zivilisatorische Mächte, die tief ins eigene Leben eingedrungen sind, muss um so fanatischer geführt werden, je ungleicher er ist. Es sieht so aus, als müsste man einen lodernden Fanatismus heraufbeschwören, um im Kampf gegen die Versuchungen jenes «American way of life», der sich im Teheran des Schahs als eine abstossende Karikatur der amerikanischen Wirk-

lichkeit breitgemacht hatte, bestehen zu können.

Ähnlich wie man den zuerst verloren scheinenden Krieg gegen den Irak auf Grund einer Mobilisierung fanatischer religiöser und patriotischer Leidenschaften – Minderjährige wurden auf Minenfelder gesandt – zu wenden vermochte, sah man sich auch veranlasst, im Krieg der Zivilisationen (Kulturrevolution) zum Instrument des Fanatismus zu greifen.

Was daraus in Zukunft werden soll, ist kaum abzusehen. Man sollte sich vor Globalurteilen hüten: «So kann es nicht gehen! Die heutige Welt kann man nicht einfach für eine ‚mittelalterliche' Existenzform in den Wind schlagen!» – Es mag wohl so sein. Doch für den Augenblick ist ein eher blutrünstiges, aber stabil erscheinendes System geschaffen. Es beruht auf der politischen Zusammenarbeit der Geistlichen als Führer mit dem ihnen als Klienten Gefolgschaft leistenden «niedrigen Volk», das die grosse Mehrheit der Perser ausmacht, und wirtschaftlich, wie schon der Iran des Schahs, jedoch in bescheidenerem Ausmasse, auf dem Verkauf von Erdöl. Solange die Führer nicht untereinander streiten und keine anderen schwerwiegenden Fehler begehen – ein in das Innere des Iraks vorangetriebener Vormarsch wäre wahrscheinlich ein solcher –, besteht kein Grund, warum das heutige System demnächst zusammenbrechen soll. Klippen wirtschaftlicher, sozialer, innenpolitischer, bildungspolitischer, finanzieller, aussenpolitischer Natur wird es freilich viele geben. Eine der schwierigsten wird der Tod des heutigen Schiedsrichters, Khomeiny, sein.

Ein neues Verhaltensmodell

Wenn die Prognose auf lange und bereits auf mittlere Frist ungewiss scheint, lässt sich dagegen einiges über die Anziehungskraft der islamischen Revolution Irans für die islamischen Völker der näheren und ferneren Umgebung aussagen. Sie dürfte umgekehrt proportional zum Erfolg der an sie angrenzenden Regime ausfallen. Je weniger Erfolg diese Regime aufweisen, desto grösser wird die Versuchung für ihre Bevölkerung, dem Weg Khomeinys zu folgen und sich gegen die «westlichen Formen» aufzulehnen, die immer tiefer in ihre Gesellschaften dringen und – wie der Misserfolg der Regime zu zeigen scheint – nur Zerstörung und Fehlleistungen mit sich bringen.

Das wirft die Frage auf: Was sind die Kriterien für Erfolg oder Fehlschlag? Wahrscheinlich spielt die Macht dabei die entscheidende Rolle. Es handelt sich um Gesellschaften, die nach Macht hungern, weil sie fast zwei Jahrhunderte der Entmachtung durchlebt haben. Spätestens seit dem Beginn der industriellen Revolution, in vielen Fällen schon vorher (Indien, Napoleon in Ägypten), stehen sie im Schatten der europäischen Staaten und später der von ihnen zivilisatorisch bestimmten Kontinente. Dass Khomeiny die bisher in Iran dominierende Supermacht, den «Grossen Teufel» Amerika, durch die brutale und einfache Methode der diplomatischen Geiseln «demütigen» konnte, hat bei den Iranern begeisterten Beifall gefunden, ähnlich wie die Nationalisierung des Suezkanals durch Nasser bei den Ägyptern. Dass dies in beiden Fällen eigentlich nicht so sehr

aus eigener Machtfülle geschah, sondern dank dem Umstand, dass die beiden Supermächte einander aufhoben und so der lokalen Macht Ellbogenfreiheit verschafften, war für die triumphierenden Völker irrelevant. Ihr grosser Führer hatte eben die bestehenden Umstände auszunützen vermocht, um sich und den Seinen Macht zu verschaffen. Das war es, was zählte.

Der Machthunger ist auch islamisch bedingt. Ein Muslim, besonders ein Sunnite, dessen Leben in dieser und jener Welt dem Gesetz des Islams unterstehen und der seiner Religion auf dieser Welt zum Sieg verhelfen sollte, kann eigentlich nicht der Untergebene von Leuten anderer Religionen werden. Wird er es dennoch, ist es ein religiöses Ärgernis. Er muss kämpfen, um die Oberhand zu gewinnen. Er schuldet das dem Islam, der in dieser Hinsicht durch die frühen Machterfolge seiner Geschichte bestimmt ist. Sie sind für die Muslime Gottes- und Religionsbeweise – und damit auch Verpflichtung. Der islamische Wille zur Macht hat alle Aufstände der muslimischen Völker gegen die europäischen Machthaber genährt, von indischen «mutinies» bis zur algerischen Revolution.

Ablehnung der westlichen Zielvorstellungen

Doch es wird immer deutlicher, dass die formelle Unabhängigkeit noch lange keine wirkliche Macht bedeutet. Es gibt den «Neokolonialismus», den man leichter empfinden als definieren kann: denn er ist die Folge der «wirksameren» Mittel, Methoden, Technologie, Wissenschaften, Waffen, Organisationsformen usw., über die der andere verfügt. Man muss sie erwerben, wenn man gleiche Macht entwickeln will – so lautete wenigstens die bisherige Auffassung –; wobei man die gesetzten Ziele nie zu erreichen schien. Man hinkte dem «Fortschritt» des Westens nach. Er war schon weiter, als man erst die Grundlagen übernommen hatte. Nur die Japaner schienen ihn einzuholen.

Nun kommt Khomeiny und sucht zu beweisen, dass es einen anderen Weg gibt; man könne nur zu Macht und Ansehen gelangen, den Superstaaten die Stirn bieten, indem man sich auf den Islam stütze, lautet seine Predigt. Ergänzend wird dazu gesagt, die moderne Technologie könnten auch die Muslime beherrschen; sie komme ja ursprünglich zu bedeutenden Teilen aus der islamischen Welt, von wo sie im Mittelalter nach Europa vorgedrungen sei. In Wirklichkeit, so hat Khomeiny des öfteren seinen Schülern und Jüngern erklärt, habe der Westen die islamischen Länder schwächen und aushöhlen wollen und ihnen zu diesem Zweck europäische Laster aufgedrängt: Alkohol, nackte Frauen, verweichlichende Musik, die Konsumgesellschaft, Lehrmethoden und Doktrinen, die dem Islam ins Gesicht schlügen, soziale und politische Ideologien, die sich verderblich auswirken.

Die Regierenden, die als Instrumente des Westens und von ihm korrumpiert über die Muslime eingesetzt worden seien, gehörten in die gleiche Gruppe der bewussten Korrumpierer und Verderber. Es ist eine Doktrin des kulturellen und materiellen Kolonialismus aus der Sicht eines Mannes,

dem alle geistigen Errungenschaften des Westens fremd sind und die materiellen unerwünscht.

Welche Durchschlagskraft besitzt diese neue Lehre in anderen islamischen Ländern? Dass Khomeiny sie über die Grenze Irans hinaus ausbreiten möchte, ist deutlich. Es bleibt sein letzter grosser Traum, nachdem die anderen – der Sturz des Schahs und die Demütigung des «Grossen Teufels» in der Person Präsident Carters – in Erfüllung gegangen sind.

Dass es in so gut wie allen islamischen Ländern Gruppen und manchmal wichtige Parteien gibt, die in den Grundlinien bereits heute diesen neuen Lehren zustimmen, ist ebenfalls deutlich: die Muslimbrüder in der arabischen Welt gehören zu dieser Glaubensrichtung, die Anhänger Maududis in Pakistan (zu denen Präsident Zia ul-Haqq zu rechnen ist); jene Erbakans in der Türkei; Muhamed Natsir und seine Masjumb-Partei in Indonesien; sogar in den von Israel besetzten jordanischen Gebieten soll sich unter den Jungen eine fundamentalistische Strömung ausbreiten, die an der PLO wegen ungenügenden islamischen Engagements Kritik übt.

Man darf sich freilich nicht vorstellen, dass all diese Bewegungen von Iran aus koordiniert oder unterstützt werden könnten. Dafür ist die politische Szene viel zu verworren. Während die syrische Regierung, die einer weltlich nationalistischen Ideologie huldigt, mit den syrischen Muslimbrüdern in einem blutigen Untergrundkrieg steht, verbündet sie sich aus aussenpolitischen Gründen mit Iran. Es geschieht, weil beide Regime den Irak hassen und Israel als einen gemeinsamen Feind ansehen. Die Muslimbrüder, extremistischer Abart, die auf Sadat schossen, finden Beifall in Iran und in Saudi-Arabien. Doch in Saudi-Arabien hat man die eigenen Moschee-Erstürmer geköpft. Khomeiny sieht man dort als einen gefährlichen Feind.

Die Armeen als Neuerer

Trotz all diesen taktischen Widersprüchen und staatlichen Gegensätzen ist jedoch klar, dass es eine Strömung der Fundamentalisten gibt, zu der auch die Lehre Khomeinys gehört. Sie hat bis heute die Macht nur in Iran erlangt und – über die Person des Generals Zia ul-Haqq – teilweise in Pakistan; in praktisch allen anderen muslimischen Ländern wirkt sie auch, doch sie steht unterhalb der kritischen Schwelle der Macht, als Opposition, Untergrundopposition, Untergrundkämpfer – was die Frage aufwirft, wieweit arabische oder allgemein islamische Armeen, oft die wirklichen Machthaber und immer die wichtigsten Stützen der Macht, der Penetration fundamentalistischer Vorstellungen ausgesetzt sind.

Die Armeen scheinen relativ immun zu sein. Die Soldaten sind die einzigen Muslime gewesen, die durch die ganze Geschichte des Islams hindurch technische Neuerungen ohne irgendwelche Probleme von aussen her, oft vom Feind, übernommen haben. Sie scheinen die Angst vor Überfremdung nicht zu kennen, die bei den Intellektuellen aller Art und auch beim einfachen Volke so oft spürbar wird, wenn allzuviel Fremdes auf einmal eindringt und aufgenommen wer-

den muss. Schon die Ottomanen haben italienische und andere Überläufer und Renegaten verwendet, um ihre grossen Kanonen zu giessen, und sie sorgten dafür, dass ihre Geschütze denen der Europäer überlegen waren. Solche Übernahmen, auch wenn es um so komplexe Waffensysteme wie computergesteuerte Luft-Boden-Raketen geht, werden von den Berufsmilitärs offenbar als Instrumente ihres Handwerkes akzeptiert, ohne dass sie eine «Überfremdung» ihrer Heere fürchten. Eine kritische Schwelle wird unter Umständen dann erreicht, wenn sich allzu viele Experten aus dem Auslande der Ausbildung und Organisation von muslimischen Heeren annehmen (schon Istanbul 1807, als die Janitscharen den reformierenden franzosenfreundlichen Sultan, Selim III., absetzten; Ägypten vor der Ausweisung der Sowjetexperten vom Jahr 1972; Iran im Falle der Luftwaffentechniker 1978).

Doch Armeen, die eine Niederlage erlitten haben, wie die irakische 1981 und 1982 gegenüber Iran, die ägyptische 1948 gegenüber Israel, können unter Umständen ihre Regierungen dafür verantwortlich machen und sich gegen sie erheben. Aus diesem Grunde tun die arabischen Regierungen stets ihr Bestes, um den Ausgang eines jeden Krieges als einen Sieg darzustellen, der dank dem heroischen Einsatz der Armee erreicht worden sei. Wenn man schwerlich von einem militärischen Sieg sprechen kann, will man wenigstens einen moralischen und anschliessend einen politischen Sieg errungen haben. Suez 1956 ist ein gutes Beispiel für die Kunst der Interpretation, die geübt wird. Es gibt mehrere andere. Auch Bagdad spricht in seinen Propagandamedien – und niemand im Land bekommt etwas anderes zu lesen – von einem angeblichen Sieg, der daraus bestehe, dass die irakische Armee die iranische «zermalmt» habe; mehr habe man ohnehin nie tun wollen.

Selbstzweifel als Wurzel des Fundamentalismus

Wenn aber selbst solche Interpretationskünste nichts mehr fruchten, weil Niederlagen allzu deutlich werden, wenn Hoffnungslosigkeit ausbricht und das Gefühl sich ausbreitet, man werde als Armee, als Volk und als Staat nie auf einen grünen Zweig kommen, dann naht die Stunde der fundamentalistischen Versuchung. Der Wunsch, sich diesmal den Kräften des Islams zu verschreiben, von ihnen eine Mobilisierung und innere Erstarkung zu erwarten, die weder der Nationalismus noch der arabische oder sonst national gefärbte Sozialismus mit sich gebracht haben, die ja auch Erfindungen westlichen Ursprungs sind, wird um so näher liegen, je erfolgreicher das iranische Experiment zu sein scheint. Aus diesem Grunde zeigt Khomeiny, wie oft zuvor, einen sicheren Machtinstinkt, wenn er gegenwärtig predigt, der Krieg gegen den Irak sei noch nicht zu Ende, er werde erst enden, wenn das Regime von Bagdad gestürzt sei. Er strebt eine Lage an, in der es unmöglich wird, weiter von einem irakischen Sieg zu sprechen. Sein Erfolg, den er auch als einen Erfolg Gottes ansieht und angesehen haben will, muss durchschlagend werden. Wird er es, macht er den Traum von der Aus-

breitung der islamischen Revolution mit grosser Wahrscheinlichkeit erfüllbar. Um so mehr, wenn Kontrasteffekte vorhanden sind, die daraus bestehen, dass andere, nichtfanatische Regime Rückschläge und Niederlagen erleiden. Man muss in dieser Hinsicht mit einer Art Rückkoppelungseffekt rechnen, der von den Erniedrigungen und Niederlagen in der Palästina-Frage die scheinbaren oder echten Erfolge der iranischen islamischen Revolution im Kontrast um so glorreicher zu erhellen scheint.

Die inneren Krisen der Türken und der Ägypter

Man muss nun das Blickfeld über die beiden Kriegsherde, im Osten und im Westen, hinaus erweitern. Die beiden meistbevölkerten Staaten der nahöstlichen Region, Ägypten im Süden und die Türkei im Norden, stehen auch in Krise. Im Falle der Türkei ist dies besonders deutlich; die Heereskommandanten mussten – provisorisch – die Macht übernehmen, um der Ausbreitung eines beginnenden Bürgerkrieges zuvorzukommen. Da sie solches nun schon zum dritten Mal taten (1960, 1971 und 1980), glaubten sie sich diesmal veranlasst, *tabula rasa* zu machen, das Parlament aufzulösen und alle Parteien zu verbieten. Sie haben versprochen, bis spätestens 1984 ein demokratisches System wiederherzustellen. Doch schon heute ist deutlich, dass es sich um eine sehr viel autoritärere Spielart der Demokratie als die bisher bestehenden handeln wird.

In Ägypten hat der Frieden mit Israel eine Art Neubeginn erlaubt. Das Land hoffte, sich seinen seit 1967 hinter den Kriegsvorbereitungen zurückgestellten Wirtschaftsproblemen widmen zu können. Doch die Ermordung am 6. Oktober 1981 des Präsidenten Sadat durch muslimische Aktivisten hat gezeigt, dass grosse Spannungen unter der Oberfläche fortbestehen.

Ägypten und die Türkei haben schwere wirtschaftliche Probleme, die in den Grundzügen verwandt sind. In beiden Staaten hat man versucht, eine Industrialisierung hinter Schutzzöllen durchzuführen und ist dabei in wachsende Devisenschwierigkeiten geraten.

Die Unterschiede liegen teilweise in der Geographie. Ägypten besitzt nur eine enge Landbasis, um seine gewaltige Bevölkerung zu ernähren; zum Teil waren sie durch den Führungsstil gegeben. Dieser war in der Türkei bedeutend liberaler, so dass es stets eine innere Diskussion über die Entwicklungswege des eigenen Landes geben konnte, während jede Debatte in Ägypten durch strenge Gleichschaltung der gesamten verstaatlichten Informationsmedien und sogar des Verlagswesens verhindert wurden.

Bürgerkriegsanfang in der Türkei

Die Türkei ist trotz ihrem demokratischen Regime (seit 1950) und ungeachtet bedeutender Hilfe aus dem Westen bis zum Rande eines Bürgerkrieges zwischen extremen Rechten und extremen Linksgruppen abgeglitten. Es war ein komplexer Prozess mit vielen Ursachen. In seinem Mittelpunkt jedoch dürfte die Tatsache stehen, dass der zur Zeit Atatürks bestehende Konsensus darüber, was mit

dem Lande zu geschehen habe, sich mehr und mehr verflüchtigt hat. Solch ein Konsensus besteht heute noch unter den Berufsoffizieren – zum wenigsten jenen der obersten Ränge, die der Atatürk-Periode zeitlich nahe stehen. Doch die Gesellschaft als solche liegt in einem tiefen Streit mit sich selbst, der sich vor dem Eingreifen der Offiziere auf den Universitäten am deutlichsten bemerkbar machte. Die Offiziere haben diesen Zwist zurzeit gedämpft, indem sie gegen 45 000 Aktivisten in die Gefängnisse steckten und sie allmählich aburteilen wollen. Doch ist höchst fraglich, ob sie ihn damit aus der Welt geschafft haben. Nach dem Militäreingriff von 1971 war er um so heftiger neu aufgeflammt, als dann, nach der damaligen militärischen Repressionswelle, Motive der Blutrache in den Streit einflossen.

Eine der Wurzeln des heutigen Zwiespaltes sind ohne Zweifel die herrschenden sozialen Zustände, besonders die Abwanderung aus den bitterarmen, überbevölkerten und unterbeschäftigten Landgebieten in die Bidonvilles der Grossstädte, und die Frustrationen, die sich dort für die heranwachsende zweite Generation der einstigen Landbevölkerung ergeben. Die zweite Generation der Bewohner der Gecekondu (Bidonville) ist die eigentliche Reservearmee der Gewalttätigen der extremen Rechten und Linken, wie soziologische Untersuchungen einwandfrei festgestellt haben. Auf der rechten Seite gibt es einen – grösseren und gewalttätigeren – nationalistisch faschistoiden und einen kleineren, anscheinend vorläufig weniger mörderischen islamisch fundamentalistischen Flügel. Die Linke besteht aus einer Vielfalt von «marxistischen» Revolutionsgruppen. Beide Gewaltgruppierungen haben in den letzten Jahren vor dem Militäreingriff eine Tendenz gezeigt, sich mit bestimmten schon vorliegenden gesellschaftlichen Gruppierungen zu identifizieren und sie zu überlagern. Die Linke breitete sich unter Kurden und Schiiten aus, im anatolischen Hinterlande sowie in den Hüttenvorstädten; die Rechte mehr unter Sunniten und Türken. Dies führte zur Bildung von «befreiten Gebieten» dieser oder jener Färbung, zu denen die Polizei keinen Zutritt mehr hatte und die Bewaffneten dieser oder jener Gruppe ihr Gesetz aufzwangen.

Bisher nur Symptombehandlung

Der Spuk ist gegenwärtig vorbei, und die Türken zeigen sich höchst befriedigt darüber. So erleichtert, dass die meisten den Offizieren vorläufig alle ihre autoritären Massnahmen verzeihen. Doch ist es wirklich nur ein Spuk gewesen, der durch eine scharfe Repression aus der Welt geschafft werden kann? Die regierenden Offiziere selbst geben eine Antwort auf diese Frage, indem sie deutlich machen, dass in der Zukunft eine Präsidialdemokratie entstehen soll, die sich besser verteidigen kann. Von ernsthaften Versuchen, die sozialen Übelstände zu bereinigen, ist bisher nur in dem Sinne die Rede gewesen, dass man sich bemüht, die Wirtschaftsprobleme zu lösen. Dies jedoch auf einem Wege (Exportförderung, Abwertung, Lohnstopp, Inflationsbekämpfung – so gut es geht), der zunächst die bestehenden Härten und Spannungen noch steigern wird.

Die Gefahr, die sich am Horizont abzeichnet und die unbedingt vermieden werden müsste, wäre ein Abgleiten in «südamerikanische» Zustände mit autoritären Armeeregimen und Inflationsmisere. Wenn es dazu käme, wäre damit zu rechnen, dass grosse Teile der Bevölkerung ihre Zuflucht bei einem mehr oder minder fundamentalistisch verstandenen Islam nehmen würden. Die Linksgruppen würden wahrscheinlich nach südamerikanischem Muster «ausgerottet». – Es gibt weniger düstere Alternativen für die Zukunft. Eine konstruktivere Lösung wäre, dass die grossen landwirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei besser genützt würden, unter anderem für Exporte nach den benachbarten Erdölstaaten. Wenn dies gelänge, könnte auf einen gewissen Abbau der bestehenden Spannungen gehofft werden. Eine Reform der schlecht geführten und defizitären Staatsunternehmungen müsste parallel gehen, und die gegenwärtige Politik der Exportförderung dürfte nicht vernachlässigt werden. Doch gegenwärtig ist bei den herrschenden Armeekommandanten kaum ein Versuch sichtbar, nicht nur repressiv, sondern auch aufbauend in die Sozialprobleme des Landes einzugreifen.

Das ägyptische Vermassungsproblem

Von Ägypten kann man vermuten, dass es sich an einer ähnlichen Wegscheide befindet. Die positivste Entwicklung müsste auf enger Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien beruhen. Die beiden Staaten sind insofern komplementär, als Ägypten die Bevölkerung und unter ihr eine bedeutende, gebildete und ausgebildete Mittelschicht, Saudi-Arabien das Geld hat.

Doch wenn eine solche konstruktive Lösung der bestehenden Probleme der Überbevölkerung und Lebensraumlosigkeit nicht einträte, wäre nur eine immer schärfere Kontrolle der weiter anwachsenden inneren Spannungen durch die Aufsichtsorgane der Regierung denkbar; eine solche Entwicklung müsste am Ende, trotz der sprichwörtlichen Geduld der Ägypter, zu explosiven Zuständen führen. Die Bevölkerung Ägyptens nimmt gegenwärtig um 1,26 Millionen jährlich zu; sie hat 44 Millionen überschritten. Die Projektionen bewegen sich um 70 bis 80 Millionen herum auf die Jahrhundertwende, davon mindestens 10 Millionen in Kairo, eine Stadt, die eigentlich für eine halbe Million Menschen gebaut ist und dementsprechende Infrastrukturen besitzt.

Die Gefährdung Saudi-Arabiens

Wie verhält es sich mit Saudi-Arabien und mit den sich an das Königreich anlehnenden Erdölkleinstaaten des Golfes? Die Problematik ist hier eine ganz andere. Der Versuch wird unternommen, ein Ancien régime, das im Grunde auf königlichen Vorrechten vorrevolutionärer Natur (gemeint ist die Französische Revolution) beruht, aufrechtzuerhalten und es gleichzeitig mittels der Erdölgelder technologisch und in bestimmten Gesellschaftsbereichen in einem bisher noch nirgends dagewesenen Tempo zu modernisieren. Die Herrschenden sind überzeugt, dass dies möglich sei, ja den einzig gangbaren

Weg in die Zukunft darstelle. Sie rufen den Islam als die eigentliche Wundermacht an, die es ihnen erlauben werde, das eine zu tun (nämlich «unsere islamischen Sitten» aufrechtzuerhalten) und das andere doch nicht zu lassen (nämlich nicht nur einen konsumorientierten Lebensstil zu entwickeln, sondern sogar eine künftige Schwerindustrie aufzubauen und einen grossen Teil der saudischen Jugend auf die Hochschulen des Königreiches zu senden). Das ganze geschieht dank den Erdölgeldern und importierten Arbeitskräften, die man übrigens aus Sicherheitsgründen mehr und mehr in der fremden asiatischen Welt rekrutiert, bis aus den Philippinen und aus Südkorea; die arabischen gelten als politisch unsicherer und weniger tüchtig.

Dieses an sich schon höchst gewagte Experiment wird nun zusätzlich belastet durch die Nachbarschaft der islamischen Revolution. Falls es Khomeiny gelingt, das – heute von Saudi-Arabien und den anderen Golfstaaten mit Kriegsanleihen von gegen 25 Milliarden Dollar gestützte – irakische Regime zu erschüttern, müsste dies auch Riad erschüttern. Das würde als ein neues Omen der Vergänglichkeit des Regimes verstanden werden. Der Sturm auf die Pilgermoschee von Medina vom November 1979 ist allerdings fast wieder vergessen. Er hat keine Veränderung bewirkt.

Dass Khomeiny – über Irak – auf die Golfregion hinzielt, ist offensichtlich. Auch seine «Jerusalem»-Propaganda dient diesem Zweck. Die iranischen Propagandaorgane betonen regelmässig, dass nach der «Befreiung» des Iraks Jerusalem an die Reihe komme. Zweck der Übung ist, bei den Völkern der Halbinsel, für die «Jerusalem» viel mehr bedeutet als «Palästina», nämlich die dritte heilige Stadt des Islams – die erste und zweite sind ihrer Obhut anvertraut –, einen Vergleich zwischen der Wahrscheinlichkeit hervorzurufen, die zwischen der Hoffnung besteht, dass die saudischen Herrscher Jerusalem befreien könnten (auch sie haben es versprochen) und der Aussicht, dass Khomeinys islamische Revolution es tun könnte. Zwischen Khomeiny und dem jeweiligen Saudi-König besteht eine Rivalität darüber, welcher der beiden ein echt islamischer Herrscher sei. Jeder der beiden spricht dem anderen diese Qualifikation ab, und die Iraner berufen sich auf die Bevölkerung des Königreiches als Schiedsrichter.

Auch hier ist natürlich für die künftige Entwicklung der Erfolg des einen oder des anderen «islamischen» Herrschaftssystems entscheidend. Die Golfemirate werden wahrscheinlich mit Saudi-Arabien stehen oder fallen. Ohne das Königreich werden sie schwerlich lange überdauern.

Zwei Bastionen der Sowjetunion

Die Karten der Sowjetunion im Nahen Osten sind für den Augenblick schlechter geworden. Dies wird besonders deutlich, wenn man die prosowjetischen Parteien im Inneren der verschiedenen Staaten anschaut. Sie haben fast alle Schiffbruch erlitten. Ihre «marxistischen» oder «marxistisch-leninistischen» Rivalen, die Kritik an der Sowjetunion üben, sind volkstümlicher als die offiziellen Parteien. Die Sowjetunion hat das günstige Vorurteil der nahöstlichen Völker aufgezehrt, das darauf zurück-

ging, dass sie als «Feind unserer Feinde», nämlich der Kolonialisten und Zionisten, gesehen wurde. Man erblickt in ihr mehr und mehr die Supermacht, die nur ihren eigenen Interessen nachgeht und die mittelöstlichen Kämpfe zu ihren Zwecken ausnützen will. Der Einmarsch in Afghanistan hat diesen Erkenntnisprozess stark beschleunigt.

Doch gibt es zwei Bastionen, die die Sowjetunion zu halten sucht, natürlich in der Hoffnung, früher oder später aus ihnen hervorzubrechen: Syrien und Südjemen.

Von Libyen kann man nicht das gleiche behaupten; Ghaddafi bleibt, trotz gewaltigen sowjetischen Waffenkäufen, dank seinem Erdölgeld zu unabhängig von der Sowjetunion und zu sehr auf seine eigenen politischen Ideen versessen, die in den Grünen Büchern aufgezeichnet sind, als dass er sich instrumentalisieren liesse. Syrien und Südjemen sind hingegen auf sowjetische Hilfe angewiesen; die Syrier hinsichtlich der Waffen, die zu bedeutenden Teilen von Saudi-Arabien bezahlt werden; die Südjemeniten für Waffen- und Finanzhilfe. Dass sie als Stütze notwendig sind, verschafft den Russen in beiden Staaten eine Machtposition. Im Falle einer Möglichkeit, diese Macht mit Hilfe der von ihr unterstützten Regierungen auf weitere Staaten auszudehnen, wäre möglicherweise eine Umkehrung der heutigen Lage erreichbar. Die prosowjetischen Regime erscheinen gegenwärtig als belagerte Bastionen. Doch wenn Syrien bei seinen Versuchen, das irakische Regime zu stürzen, Erfolg haben sollte, und die Iraner nicht die Machthebel in Bagdad rasch ergriffen, könnte es sich ergeben, dass der sowjetische Einfluss, getragen von Syrien, sich nochmal bis zum Kopf des Persischen Golfes erstreckte.

Von Aden aus gibt es schon heute bedeutende Einwirkungsmöglichkeiten in Nordjemen, dem bevölkerungsreichsten Land der Arabischen Halbinsel. Sollte es, früher oder später, den Südjemeniten gelingen, ein dem ihren verwandtes Regime in Sanaa einzusetzen, wäre Saudi-Arabien stark gefährdet. In Nordjemen gibt es einerseits die «Einheitsverhandlungen», die theoretisch zu einem Zusammenschluss der beiden Jemen führen sollen und auf deren Fortsetzung Aden beständig drängt; andrerseits die Nationale Demokratische Front, eine bewaffnete Gruppe der Parteigänger Adens, die mit geheimer Hilfe aus dem Süden einige Regionen an der Südgrenze Nordjemens permanent besetzt hält und der Regierung von Sanaa Gefechte liefert. Offensichtlich gibt es ein behutsam vorangeführtes Bestreben, Sanaa mit den beiden Kiefer dieser Zange zu packen. Doch die Sache muss vorsichtig gehandhabt werden, weil Nordjemen sehr viel volksreicher ist als der Süden (etwa 5 oder 6 Millionen gegen 1,4 Millionen) und weil man vermeiden muss, Riad allzufrüh in Alarmstimmung zu versetzen.

Die iranische Nordgrenze

Es gibt nicht nur diese zwei Bastionen, von denen aus sowjetische Vorstösse mit Hilfe der lokalen Verbündeten denkbar sind. Man muss auch an die lange sowjetische Grenze des Irans denken. Im Fall von Unruhen in Iran wäre es kaum zu vermeiden, dass eine

der möglichen Streitparteien um Unterstützung der Sowjetunion nachsucht. Andere müssten sich dann an die sehr weit entfernten Amerikaner wenden. Die Möglichkeit, dass sowjetischer Einfluss sich auf diesem Wege in der Zukunft bis in den Golf erstrecken könnte, muss präsent gehalten werden. Man braucht dabei nicht an einen Einmarsch zu denken. Dieser würde wohl eine schwere Krise heraufbeschwören, sondern vielmehr an Zusammenarbeit – vielleicht anfänglich auf niedrigem Niveau – zwischen der einen oder anderen Parteiung in Iran und sowjetischen Helfern. Eine solche Entwicklung ist freilich nur in dem Falle denkbar – der jedoch keineswegs unwahrscheinlich ist –, dass die iranischen Geistlichen sich entzweien. Die Möglichkeit eines eventuell gleichzeitigen Ausbrechens der Sowjetunion aus ihren verschiedenen heutigen Rückzugsgebieten und «Festungen» muss in die möglichen Zukunftsbilder einbezogen werden.

Drei Wege in die Zukunft

Für die Gesamtentwicklungen ergeben sich drei mögliche Szenarien; eine konstruktive Entwicklung, die von den Ägyptern und Türken auszugehen hätte und voraussetzte, dass in diesen Staaten die wirtschaftlichen und sozialen Misserfolge in Erfolge verwandelt werden könnten. Dazu zwei negative, leicht vorstellbare Entwicklungen. Dazu genügt es, den bereits wirkenden zerstörerischen Strömungen freien Lauf zu lassen; Ausdehnung einer fundamentalistischen Grundwelle, getragen von der Enttäuschung mit dem Nationalismus und «westlichen» Staats- und Entwicklungsmodellen, mit der möglichen Machtergreifung weiterer fundamentalistischer Fanatikergruppen in dem einen oder anderen Staat und jedenfalls weiterer Erschütterung der Strukturen ziviler Regierungen zugunsten von mehr und mehr zur Repression gezwungenen Offizieren; zweitens, darauf aufgepfropft, oder parallel dazu fortschreitend, das Anwachsen von Machtcliquen, die sich auf die Waffenhilfe der Sowjetunion abstützen und diese so dringend brauchen, dass ihre Abhängigkeit von ihrer Schutzmacht kontinuierlich wächst.

Arnold Hottinger

Israel: Die zweite Republik?

Ein Brief aus Jerusalem

Die Wahlen von 1977, die Menachem Begin an die Macht brachten, erschienen manchen Beobachtern wie eine Verirrung. Nach dreissigjähriger ununterbrochener Kontrolle des politischen Lebens durch die Arbeiterpartei erschien deren Niederlage als nichts anderes denn ein unglückliches Aufeinandertreffen einer Anzahl zusammenhangsloser Ereignisse: die mittel-

mässigen Führungsqualitäten Rabins, das Aufdecken von Korruption bei der Elite der Arbeiterpartei, die Zänkereien zwischen Rabin und Peres, Rabins privates illegales Dollarkonto, das Auftauchen von Yigael Yadins attraktiver, reformfreudiger demokratischer Bewegung für Veränderung – all dies trug dazu bei, dass die Arbeiterpartei die Mehrheit verlor. Ohne grossen eigenen Zuwachs wurde Likud zur grössten Partei Israels, und Begin, so schien es, erbte das Amt des Ministerpräsidenten nicht so sehr aufgrund der eigenen Parteistärke als vielmehr wegen der Schwäche der Arbeiterpartei. Die Tatsache, dass Begin selbst während der Wahlkampagne über längere Zeit hinweg kampfunfähig war, verstärkte die Vermutung, dass er nur ein Zufallspräsident sein würde.

Die Wahlresultate von 1981 haben diese Illusion fast ganz zerschlagen. Ganz wie die Wahlen von 1977 hatte die Kampagne von 1981 ihre eigenen Widersprüchlichkeiten: Der Arbeiter-Block brachte es von 32 auf 46 Knesseth-Mitglieder, doch war dieser bemerkenswerte Sitzgewinn nicht stark genug, um Begin aus dem Sattel zu heben.

Zudem beteiligte sich Begin kräftig an der ganzen Kampagne, und seine rhetorischen Fähigkeiten als Volkstribun wurden manifest. Likud erwies sich als immens populär unter den sogenannten «orientalisch»-jüdischen Wählern – ein «ethnischer» Stimmenanteil, der sich aus Einwanderern aus moslemischen Ländern und deren Nachkommen zusammensetzt: marokkanische, irakische und yemenitische Juden stimmten eher für Likud als für Labour, ungeachtet ihres niedrigeren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Standes. Auch die jüngeren Leute stimmten eher für Likud als für die Arbeiterpartei, und sehr starke Meinungsströmungen gegen die Arbeiterpartei wurden während der Kampagne sicht- und hörbar; die entartete in ihren letzten Phasen und verlief gelegentlich auch gewalttätig.

Offensichtlich finden in der israelischen Politik grundlegende Veränderungen statt. Es soll versucht werden, sie in eine geschichtliche Perspektive zu rücken. Denn was sich sowohl 1977 als auch 1981 ereignete, kam nicht überraschend. Die Tendenzen, die sich in zwei Likud-Wahlsiegen niederschlugen, waren schon während Jahren sichtbar, wenn auch in geringerem Masse. Sie wurden jedoch als Randerscheinungen abgetan, und da Labour bis 1977 alle Wahlen gewonnen hatte, wurden sie unter den Tisch gewischt.

Doch wie so oft in Fällen von politischer Veränderung und Wirren war der Wechsel von der Peripherie zum Zentrum der politischen Szene ein langwieriger Prozess, dessen erste Anzeichen kaum bemerkt, geschweige denn richtig eingeschätzt wurden.

Zwei grundlegende strukturelle Entwicklungen scheinen zu dieser Neugruppierung der politischen Kräfte Israels beigetragen zu haben. Die erste ist eine demographische Umschichtung zwischen «europäischen» (Ashkenazi) und «orientalischen» (Sephardi) Juden. Die zweite ist eine Veränderung der politischen Probleme der israelischen Gesellschaft seit dem Sechstagekrieg von 1967. In beiden Fällen machten sich die ersten Anzeichen schon vor einigen Jahren bemerkbar; doch erst in den Jahren

1977 und 1981 erfolgte der dramatische Eintrag auf der politischen Karte.

Demographische Umschichtung

Als Israel im Jahre 1948 gegründet wurde, betrug sein jüdischer Bevölkerungsanteil ungefähr 700 000 Personen. Von dieser Anzahl waren 85 Prozent Einwanderer aus europäischen Ländern und deren Nachkommen, während etwa 15 Prozent aus Einwanderern aus moslemischen Ländern und deren Nachkommen bestanden. Heute beträgt die jüdische Bevölkerung nahezu 3 500 000 Menschen, wovon etwa 50 Prozent «Europäer» und die anderen 50 Prozent «Orientalen» sind [1].

So hat der nichteuropäische Bevölkerungsanteil im politischen Leben Israels, der in den ersten Jahren nach seiner Gründung nur gering gewesen war, die 50-Prozent-Marke der jüdischen Bevölkerung Israels erreicht. Der grösste Teil dieser Zunahme ist durch Einwanderung entstanden; da jedoch die nichteuropäischen Familien im allgemeinen kinderreicher sind als die europäischen, steigt der Anteil der Nicht-Europäer unter den Jugendlichen im Lande weiterhin an.

Wenn die Medien und die Öffentlichkeit ausserhalb Israels auf diesen wachsenden Zufluss nichteuropäischer Juden aufmerksam wurden, geschah dies meist im Hinblick auf die sozio-ökonomische Dimension, die sich durch den niedrigeren Lebensstandard ergab. Obwohl heute die meisten nichteuropäischen Einwanderer im allgemeinen wirtschaftlich und gesellschaftlich besser gestellt sind als zum Zeitpunkt ihrer Einwanderung, und manche der sozio-ökonomischen Lücken geschlossen wurden, ist der Impuls, den diese neuartige Einwanderung auf das israelische Leben ausübt, viel umfassender als es durch die Statistiken über Wirtschaft und Erziehung erfasst werden kann.

Die liberale, sozial-demokratische Natur eines Grossteils der israelischen Gesellschaft, so wie sie sich vor der Gründung des Staates und in den ersten Jahrzehnten entwickelt hat, verdankt den grössten Teil ihres Antriebs und Wesens den europäischen Einwanderern, die die Gründungsväter (und -mütter) der israelischen Gesellschaft waren. Der Arbeiterzionismus war ein Produkt dieser ost- und mitteleuropäischen Einwanderung: die meisten dieser Einwanderer stammten aus einem mehr oder weniger verweltlichten Milieu, waren vom Gedankengut und Erbe der europäischen Aufklärung durchdrungen, so wie es sich im wiedererwachten Selbstbewusstsein der jüdischen Gemeinschaften im und um das Siedlungsgebiet widerspiegelte. Liberale, demokratische und sozialistische Ideen waren vorherrschend, und seit den zwanziger Jahren fanden die grösseren politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe in den jüdischen Gemeinschaften Palästinas und später Israels unter den verschiedenen Abstufungen des Arbeiterzionismus statt. Die Kibbutzim und Moshavim, der Histadruth und Hagannah waren die verschiedenen Ausdrucksformen dieser sozialistisch orientierten Tradition, die im Lauf der Jahre gleichbedeutend mit dem aufstrebenden «Establishment» der israelischen Gesellschaft wurde.

Eine gemischte Wirtschaftsform mit einem starken öffentlichen und kooperativen Sektor, eine egalitäre Lohnstruktur und eine grundsätzlich gemässigte Politik gegenüber der arabischen Bevölkerung wurden zum Kennzeichen dieser Tradition. Aus dieser Umgebung, die sich mit der Hegemonie der Arbeiterbewegung identifizierte, wuchs die Bereitschaft, 1947 die Aufteilung zu akzeptieren und in einer Situation zu verharren, in welcher der zionistische Traum auf Kosten der Nichtbeanspruchung der jüdischen Kontrolle über das gesamte historische Land Israel verwirklicht würde. Eine Vision des gesellschaftlichen Wiederaufbaus verbunden mit aussenpolitischem Pragmatismus ergab diese einmalige Mischung aus sozialistischer Sicht und nationaler Mässigung.

Nun gab es zwar in den ruhigen Jahren des Labour-Aufstiegs immer den rechts-nationalistischen Flügel der Revisions-Partei unter Jabotinsky, den Irgun und nach 1948 die Herut-Partei Begins (die später Hauptbestandteil des Likud wurde). Während jedoch die Hagannah eine Volksmiliz aus fast 100 000 Mitgliedern war, hatte der Irgun nie mehr als 5000 aktive Parteigänger, und als Begin nach der Unabhängigkeit als Führer einer politischen Partei auftrat, bewegte er sich immer am Rande des politischen Lebens Israels. Seine Partei zählte in der Knesseth zwischen 8 und 20 Abgeordneten, zwischen 1949 und 1973 verlor er insgesamt acht Parlamentswahlen.

Das Aufkommen der nichteuropäischen Wählerschaft als grössere Kraft in der Politik Israels brachte in den letzten Jahren in das Zentrum des politischen Lebens des Landes eine Bevölkerung, die aus einer vollständig verschiedenartigen gesellschaftlichen und intellektuellen Kultur kam. Kurz gesagt stammten die meisten nichteuropäischen Einwanderer aus einer Kultur, die eher zur Dritten Welt als zu Europa gehörte. Diese unterschiedliche Herkunft wird in vielen Berichten über das sich verändernde Israel oft übersehen.

Orientalisierung

Die nichteuropäischen Immigranten, die aus mittelöstlichen Ländern der Dritten Welt kommen, stammen aus sehr traditionsgebundenen Kulturen. Ungleich den jüdischen Gemeinschaften in Europa (und Amerika), sind die jüdischen Gemeinschaften im Mittleren Osten nicht durch die 100 oder 150 Jahre der Säkularisation, Emanzipation und Aufklärung gegangen; ihre Führung ist primär immer noch religiös und traditionsgebunden; sozialistische, revolutionäre und zionistische Arbeiterparteien, wie sie bei den ost- und mitteleuropäischen Juden bestanden, gab es dort nicht, die meisten der «orientalischen» Einwanderer sind religiös-orthodox, ihre Familienstrukturen sind traditionalistisch, hierarchisch und patriarchalisch geblieben. Ideen der Gleichheit zwischen den Geschlechtern sowie zwischen alt und jung haben bei ihnen nie Wurzeln geschlagen; auch kamen diese «orientalischen» Einwanderer aus einer politischen Kultur, in welcher die Parteipolitik nie eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Folglich sprachen die dem Labour-Ethos innewohnenden egalitären Ideen viele dieser Einwan-

derer nie richtig an. So reagierten sie auch viel positiver auf den hierarchischen Führungsstil Begins und fühlten sich in den labyrinthischen ideologischen Abzweigungen der zankenden Flügel und Splittergruppen der Arbeiterpartei recht verloren.

Deshalb bringt eine einfache – um nicht zu sagen: simplifizierte – Haltung im arabisch-israelischen Konflikt, wie Begin sie anbietet – «Dieses Land gehört entweder uns oder ihnen» –, bei den nichteuropäischen, traditionalistischen und ethnozentrischen Wählern mehr Saiten zum Klingen als die verschlungenen Kompromisse Labours und jene Labours, deren Zionismus mit universalistischen und humanistischen Ideen in Übereinstimmung zu bringen.

Es gibt ein weiteres Element, das manchmal sogar im politischen Bewusstsein Israels selbst auftauchte und zusammenhängt mit einer gewissen Einstellung den Arabern gegenüber, die bei manchen aus arabischen Ländern stammenden Juden gefunden werden konnte. Einige hoffnungsvollen Wünsche wurden in der Vergangenheit geäussert, dass mit zunehmender «Sephardisierung» der israelischen Gesellschaft für die jüdisch-arabische Verständigung neue Wege eröffnet würden, da «orientalische» Juden, die selbst aus der arabischen Umgebung kommen, besser als ihre westlichen Brüder für eine Verständigung mit der arabischen Welt geeignet wären. Die PLO-Propaganda gab allerdings auch eine böswilligere Auslegung dieser gleichen Idee, nämlich dass der ganze Ärger im Mittleren Osten von der «europäischen» und «westlichen» Ausprägung des «Ashkenazi Zionismus» stammt; mit dem Aufkommen der «arabischen» Juden, wie die PLO sie nennt, würden Frieden und Verständnis triumphieren.

Die Wirklichkeit erwies sich jedoch als viel komplizierter und widerspenstiger. Juden aus arabischen Ländern kommen zwar aus einer arabischen Umgebung, doch bringen sie nicht nur die Kenntnis der arabischen Sprache und Vertrautheit mit arabischer Musik mit, sondern auch persönliche und kollektive Erinnerungen an jahrhundertelange Verfolgung und Diskriminierung durch arabische und moslemische Mehrheiten. Obwohl die moslemische Welt im allgemeinen frei war von extremen Formen des europäischen Antisemitismus, so waren die Juden in moslemischen Ländern doch – wie alle anderen nichtmoslemischen Minderheiten – der Diskriminierung, Demütigung und gewissen Formen der Verfolgung ausgesetzt. Die gesellschaftliche Ächtung von Nichtmoslems ist in moslemischen Gesellschaften üblich und im islamischen Gesetz verankert, antijüdische Pogrome wurden mit dem Aufkommen des manchmal xenophobe Züge annehmenden arabischen radikalen Nationalismus sogar häufiger. Aus Irak oder Yemen kommende Juden waren mit den Narben dieser persönlichen und geschichtlichen Erinnerungen gezeichnet wie die europäischen Juden mit den Merkmalen der ukrainischen Pogrome und Nazi-Verfolgungen.

Während für die meisten europäischen Juden in Israel der arabisch-israelische Konflikt primär ein politischer Konflikt blieb, im Grunde frei von der Bitterkeit historischer Erinnerungen und Ressentiments, so ist für viele «orientalische» Juden der Kon-

flikt von Grund auf durch solche historische Erinnerungen geprägt. Und ebenso wie man die europäischen Juden verstehen kann, wenn sie nicht besonders freundliche Gefühle für die «Kosaken» hegen, so sind auch die aus arabischen Ländern einwandernden Juden mit antiarabischen Ressentiments erfüllt, was dann zu eher radikalen Haltungen («Falken») im arabisch-israelischen Konflikt führt. Die Araber stellen für manche mittelöstlichen Juden den historischen Unterdrücker dar. Kein Wunder also, dass – während viele europäische Juden darüber sinnieren, in welchem Ausmass die PLO trotz ihrer terroristischen Aktivitäten einige Elemente des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung repräsentierten – für viele «orientalische» Juden die PLO nichts anderes ist als die Fortsetzung einer vertrauten arabischen Judenfeindlichkeit. Und wenn ein irakischer Atomreaktor von den Israelis getroffen wird, so würden nur wenige der europäischen Juden in Israel diese Tat im Zusammenhang mit einer komplizierten und langen Abrechnung zwischen Juden und dem irakischen Nationalismus sehen, der hunderttausend Juden aus dem Irak vertrieben und deren Eigentum beschlagnahmt hat: von vielen «orientalischen» Juden wird dieser Akt genau in diesem Zusammenhang gesehen. Kein Wunder also, dass die Bombardierung des irakischen Reaktors bei den nichteuropäischen Wählern sehr populär war, viel populärer als bei den «Europäern». Auch sollte es keine Überraschung sein, dass der «Frieden-Jetzt»-Bewegung noch fast jegliche Unterstützung durch die Sephardi-Bevölkerung fehlt: sie besteht fast ausschliesslich aus «Europäern».

Meinungsforschungen ergaben, dass in allen Angelegenheiten des arabisch-israelischen Konflikts die «orientalischen» Juden zu viel radikaleren Haltungen («Falken») neigen als die Europäer. Mit der Verbreitung mittlerer und höherer Bildung unter der «orientalischen» Bevölkerung scheinen sich die extremen Haltungen etwas abzuschwächen, doch hat sie immer noch mehr Falken als die Europäer des gleichen Bildungsstandes. Sogar innerhalb der Arbeiterpartei gehören die meisten orientalischen Knesseth-Abgeordneten zum radikalen Flügel der Partei.

Alle diese Elemente zusammen bewirken, dass Labour bei den letzten Wahlen bei «Orientalen» viel schwächer war als bei «Europäern». Likud tendiert dazu, seine grösste Unterstützung aus dem «orientalischen» Stimmenanteil zu beziehen. In den Wahlen von 1981 kamen 70 Prozent der Labour-Stimmen aus dem europäischen Wählerkreis und nur 30 Prozent aus dem orientalischen. Bei Likud das umgekehrte Bild: 68 Prozent der Likud-Wähler waren Orientalen und nur 32 Prozent Europäer. Diese Trends waren während mehr als zehn Jahren feststellbar, doch mit dem Anwachsen der orientalischen Wählerschaft und mit der durch ihre zunehmende Emanzipation erfolgten Ablösung von der Labour-beherrschten Bürokratie, die ihr Abstimmungsverhalten in den ersten Jahren der Einwanderung beeinflusst und bestimmt hatte – als sie noch Neulinge und mit den Wahlmechanismen wenig vertraut waren –, ist der durch diese Umschichtung ausgelöste Anstoss erst jetzt spürbar geworden und hat sich

vielleicht entscheidend auf die politische Szene Israels ausgewirkt.

Das Paradoxe daran ist, dass Menachem Begin, das Idol der «orientalischen» Wählerschaft, selbst alles andere als ein Orientale ist. Mit seiner konservativen Kleidung, mit passenden Krawatten und Manschettenknöpfen, seinen häufigen lateinischen Zitaten («status quo ante», «pacta sunt servanda», «habemus pacem») könnte niemand weiter von den orientalischen Massen entfernt sein als dieser Vertreter der russisch-polnischen Siedler. Der nationalistische, ethnozentrische, traditionalistische und hierarchische von Begin praktizierte Regierungsstil passt jedoch ausgezeichnet zum Horizont der orientalischen Wählerschaft, deren Macht in der israelischen Politik weiterhin wächst. Jenen, die Israels westliche Prägung immer beklagt haben und auf eine Integration in den Mittleren Osten hofften, ist Begin die grausame Antwort: Israel hat nun einen Führer, welcher der Natur der wachsenden mittelöstlichen jüdischen Bevölkerung besser angepasst ist als Ben Gurion, Eshkol und Golda Meïr mit ihren westlichen, sozialdemokratischen und universalistischen Vorstellungen. Dennoch handelt es sich um eine Integration in den wirklichen, nicht in den imaginären Mittleren Osten, in den Mittleren Osten, der den hierarchischen Führungsstil vorzieht und wo der volkstümliche Nationalismus viel populärer ist als der universalistische Humanismus. Belastenderweise wurde Israel in den Mittleren Osten hineinversetzt, und Begin ist – so unwahrscheinlich dies klingen mag – das Symbol dieser relativen Integration Israels in die Dritte Welt.

Politische Umschichtung

Bis 1967 bestand ein weitgehender Konsens in Israels aussenpolitischen Angelegenheiten. Die Aufteilung Palästinas wurde mehrheitlich akzeptiert als die bestmögliche Lösung, sogar Begin und seine Partei hatten im Laufe der Jahre ihre Forderung nach ganz «Eretz Israel» gemässigt. Vor Nassers katastrophalem Vorgehen im Mai 1967 stellte in Israel niemand ernsthaft die Grenzen in Frage, die im Friedensabkommen von 1949 zwischen Israel und den europäischen Nachbarn festgelegt wurden. Wären die arabischen Staaten vor 1967 einverstanden gewesen, diese Waffenstillstandsabmachungen in anerkannte, endgültige Grenzlinien umzuwandeln, so hätte in Israel ein überwältigender Konsens für die Annahme eines solchen Vorschlags bestanden.

Zwischen 1949 und 1967 waren die politischen Auseinandersetzungen in Israel ausschliesslich auf interne Angelegenheiten konzentriert. Gelegentlich wurden auch aussenpolitische Themen aktuell, wie in der Suez-Kampagne von 1956; aber auch dort wurde ein weitreichender Konsens erzielt. Die meisten Probleme, die in der Presse, in öffentlichen Debatten, Wahlkampagnen usw. behandelt wurden, bezogen sich auf Einwanderung, Integration, Aufbau des Landes, wirtschaftliche Entwicklung, Wohnungsfragen, Erziehung, Anpassung der Neueinwanderer, Entwicklung und Erschliessung neuer Gebiete (Negev) – kurz, man konzentrierte sich auf jene Angelegenheiten, die einer sozialdemokratischen Partei mit einem starken Engagement für den Aufbau des

Landes offensichtliche Vorteile einbrachte.

Für einen frisch aus den Auffanglagern Europas oder dem yemenitischen Ghetto eintreffenden Einwanderer und dessen Familie waren dies die dringlichsten und wichtigsten Anliegen.

Die Arbeiterpartei verfügte sowohl über die politische Maschinerie als auch über die ideologische und symbolische Sprache, um diese Probleme anzugehen: «Eingliederung der Exilierten», «Schmelztiegel», «Lasst die Wüste blühen» – so lauteten die Slogans jener Tage. Für einen Einwanderer, der Mühe hatte, die Wegweiser zwischen Tel-Aviv und Haifa zu entziffern, war ein leidenschaftlicher Anspruch auf unveräusserliche historische Stätten wie Jericho und Tul-Karm wenig sinnvoll. So fand auch zwischen 1949 und 1967 Begins nationalistischer Appell nur ein geringes Echo. Während es Begins Partei zwar gelang, sich die Unterstützung der meisten früheren Irgun-Mitglieder zu erhalten, reichte es nicht zu einem entscheidenden Durchbruch.

Primat der Aussenpolitik

Das Jahr 1967 brachte eine drastische Änderung, als Israel die Kontrolle über das ganze historische Eretz Israel westlich des Jordanflusses übernahm und die Fragen, die 1948 als für ein und allemal geregelt galten, wieder aufgeworfen wurden. Innenpolitische Fragen wurden in den Hintergrund gedrängt; seit 1967 kreisten Israels öffentliche Auseinandersetzungen um Probleme des Nationalismus. Die durch den Sechstagekrieg aufgeworfenen territorialen und anderen Fragen sind noch nicht gelöst und nehmen daher in der politischen Debatte Israels eine zentrale Stellung ein: Wie rechtfertigen die Israelis ihren Anspruch auf Judäa und Samaria? Was für eine Politik sollten die Israelis gegenüber den Palästinensern führen? Wie sollten die zukünftigen Grenzen Israels verlaufen? Sollten jüdische Siedlungen in den besetzten Territorien errichtet werden? Wie sollte Israel auf den PLO-Terrorismus reagieren – mit Verhandlungsbereitschaft oder mit der Eisernen Faust?

In allen diesen Fragen hat die vom Likud ausgedrückte einfache Haltung «wir gegen sie» insgesamt eine viel grössere Erfolgschance als die komplizierte Einstellung des Arbeiterblocks, der versucht, mit zionistisch-universalistischen Wertvorstellungen abzuwägen und einen mittleren Weg zwischen sozialistischen Ideen und Verteidigungsüberlegungen einzuschlagen. Junge Leute, die nach 1967 erwachsen wurden, waren in diesen Fragen dem ständigen Druck der öffentlichen Auseinandersetzungen ausgesetzt, die alle anderen Probleme in den Hintergrund treten liessen. Bei ihnen entstand der Eindruck, dass das Hauptgewicht der Probleme die Nation betraf und nicht Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Den jungen Leuten gewährt die psychologische Landkarte Israels nach 1967 freien Zugang zum Westufer, zum Sinai und Golan; älteren Menschen, deren psycho-geographische Karte des Landes in den Jahren 1949 bis 1967 geformt wurde, bedeuten die Grenzen von 1967 und deren politischen und demographischen Konsequenzen sehr viel mehr.

Auch wirken die Mahnungen an die historischen Ansprüche auf Jericho und Tul-Karm nicht mehr als abstruse Forderungen wie vor 1967: diese Stätten sind wirklich und sichtbar; viele junge Israelis leisteten ihren Militärdienst in dieser Umgebung; die Neuankommenden wurden auf eine Art und Weise aufgenommen, die es ihnen ermöglichte, diese Debatten mit Verständnis zu verfolgen. Ein Resultat dieser Veränderung in der politischen Aktivität ist, dass Menschen, die nach 1967 aufwuchsen, dazu neigen, Likud gesamthaft stärker zu unterstützen als die ältere Generation. Dabei zeigt sich an den Universitäten Israels ein ungewöhnliches Paradoxon: die meisten Dozenten neigen zu Liberalismus und Linkstendenz, während die Aktivisten unter den Studenten, denen es gelang, die meisten Studentenbewegungen an den Universitäten zu beherrschen, den rechten Flügel unterstützen.

Nach Begin

Jene Labour-Anhänger, die nach den Wahlen darin Trost suchten, dass der Likud-Sieg nur der Persönlichkeit Begins zuzuschreiben sei, müssen sich nunmehr mit diesen langfristigen Entwicklungen auseinandersetzen. Sie müssen auch der Tatsache ins Auge blicken, dass nach dem Verschwinden Begins Likud über eine Anzahl populärer Nachfolger verfügen wird: Verteidigungsminister Ariel Sharon, sicher kein Liebling des israelischen linken Flügels, ist im Lande immens populär; David Levy, der Abgeordnete des Premierministers und Minister für Wohnungsbau, ist ein junger marokkanischer Textilarbeiter aus einer aufstrebenden Stadt im Norden, der die volksnahe Anhängerschaft von Likud unter den Arbeitern repräsentiert; Yoram Aridor, Finanzminister, der durch die Einführung der Steuer- und Einfuhrzollbeschränkungen dazu beitrug, im Land auf Kosten langfristiger Aufgaben einen Verbraucherboom zu entfachen, bilden ein machtvolles Trio, dem die Arbeiterbewegung kaum neue Köpfe entgegenstellen kann. Die alte, erschöpfte Labour-Führung ist nicht geeignet, jene anzusprechen, die eine wirkliche Veränderung wollen.

Labours Zukunft

Bedeutet all dies, dass Labour keine Zukunftschancen hat? Bestimmt nicht. Schliesslich ist die Stärke des Arbeiterblocks im Parlament jener des Likud praktisch gleich, und Begins Koalition hat in der Knesseth nur eine knappe Mehrheit. Doch sogar wenn Labour die nächsten Wahlen gewinnen sollte, würde diese Partei nicht ihre frühere Stellung als unangefochtene, hegemoniale Partei ohne lebensfähige Opposition wieder finden, die sie während beinahe 30 Jahren unter Ben Gurion, Eshkol und Golda Meïr hatte. Fortan wird ein sehr starker, volkstümlicher rechter Flügel einer solchen von Labour beherrschten Regierung gegenüberstehen, und Labour hat noch keine passende Antwort gefunden, wie es mit der Wählerschaft im neuen politischen Kampffeld umgehen soll.

Seit ihrer Niederlage von 1977 waren die Labourführer zu stark mit ihrer Rückkehr an die Macht beschäf-

tigt, als dass sie sich der beschwerlichen Aufgabe angenommen hätten, die Partei aufzubauen und das ganze Labour-Establishment zu erneuern. Histadruth, Kibbutzim und Moshavim – all diese Schöpfungen des Arbeiterzionismus wurden im Laufe der Jahre durch konservative und phantasielose Bürokraten geschwächt; Peres und Rabin kamen durch parteiinterne Intrigen und nicht durch öffentliche Auseinandersetzungen mit Volkstribunen wie Begin an die Führungsspitze.

Der gegenwärtigen Labourführung ermangelt es offensichtlich für diesen aufreibenden Kampf an Qualität und Stärke. Auf jede Überraschung, die Begin auftischt – die Bombardierung des irakischen Reaktors, das Golan-Gesetz, den Libanonkrieg – reagiert sie bürokratisch-diplomatisch, ohne Phantasie und Kraft. Beim Versuch, *ministrabel* zu tönen, unterlässt sie es, sich mit der sich verändernden Infrastruktur der israelischen Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Die französische Linke brauchte 23 Jahre, um nach de Gaulles Coup von 1958 wieder an die Macht zu gelangen. Die israelische Linke wird dafür wahrscheinlich weniger lang brauchen, doch wird es keine Rückkehr zur idyllischen, problemlosen Hegemonie geben. Etwas Grundlegendes hat sich in der israelischen Gesellschaft verändert, dem der Likud mit seinem volkstümlichen Nationalismus Ausdruck gibt.

Ein anderes Israel ist aus der Eingliederung der Exilierten hervorgegangen – auf dem Hintergrund eines dreissigjährigen Krieges. Keiner der zionistischen Träumer dachte jemals, dass die Verwirklichung seiner Träume so aussehen würde, doch ist dies das wahre Israel, dessen halbe jüdische Bevölkerung mehr zur Dritten Welt als zu Europa gehört. Es ist daraus kein Sparta und kein Preussen geworden; aber manche «athenischen» und «weimarischen» Qualitäten sind abhanden gekommen.

An diese veränderte Gesellschaft wird sich eine neue israelische Bewegung der Linken wenden müssen. Die historische Arbeiterbewegung scheint gegenwärtig nicht in der Lage zu sein, diese Bürde zu tragen, und eine neue Linke ist noch nicht in Sicht. So deprimierend dies sein mag, Begins Zweite Republik wird noch nicht ernsthaft herausgefordert.

Shlomo Avineri

[1] Die Araber innerhalb der israelischen Grenzen vor 1967 machen zwischen 12 und 14 Prozent der Wählerschaft aus. Die Umschichtung in ihrem Abstimmungsverhalten wäre gesondert zu untersuchen.